

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Nicht nur die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018 brachte es an den Tag. Das Klima auf dem internationalen Parkett wird zunehmend rauer und kälter. Während die einzige Supermacht USA unter Trump vor allem einen Kurs der Isolation und Abschottung eingeschlagen hat, drängen starke und wiedererstarkte Mächte wie China und Russland auf der Weltbühne ökonomisch wie geopolitisch nach immer mehr Einfluss und Gewicht und verfolgen offen ihre imperialistischen Interessen. China hat gerade seinen zweiten großen Flugzeugträger mit 80.000 BRT in Dienst gestellt.

eine chancenlose Opposition deutlich mehr als eine Zweidrittelmehrheit. Im autokratischen Oligarchenstaat Russland, der immer mehr seine Wirtschaft verstaatlicht, gilt er bei der Mehrheit des Volkes offen-

bar nach wie vor als Hoffnung und Garant neuer russischer Stärke. Das unblutige Einverleiben der Krim war – obwohl völkerrechtswidrig – z.T. noch erklärbar aus nicht unberech-

*Fortsetzung auf Seite 3*

## Inhalt

Zu internationalen Tendenzen	1
Unser Frühjahrestreffen	9
Volksparteien in der Krise	11
Politische Sammlungsbewegungen als Reaktion auf die Krise der Volksparteien	15
Wie kann die AfD bekämpft werden?	18
Bericht aus dem Vereinigten Königreich	20
Tarifabschluss Bund/Länder 2018	22
Frankreich ein Jahr unter Macrons Präsidentschaft	23
Johann Georg Elser – ein Nichtangepasster	29
Rezension: Warum Marx Recht hat	31

## System Putin – Krieger Trump

Putin sicherte sich bei den Präsidentschaftswahlen im März gegen

## In eigener Sache

Wenn diese Sommernummer erscheint, sind die ausstehenden wichtigsten und gefährlichsten Entscheidungen der Weltpolitik noch nicht gefallen. Alle Augen richten sich auf das, nun doch stattfindende, Treffen Trump und Kim und ob die USA den Bruch des Atomabkommens mit dem Iran in voller Schärfe vollziehen – gegen den Willen der Alliierten. Vor allem für Deutschland ist es bedeutsam, ob Washington die Missachtung der WTO-Regeln auf die Spitze treibt und einen offenen Handelskrieg in Kauf nimmt. Der Brexit und ein fast bankrottetes Italien, geführt von einer dubiosen Rechtskoalition: Die europäische Union zerbröckelt nicht nur von den Rändern aus und damit schwindet auch der ökonomische und politische Einfluss Berlins.

In einem längeren Artikel geht unser Autor auf die welt- und innenpolitischen Geschehnisse ein und prangert die Kriegshetze und Aufrüstungspläne Deutschlands an. Wir berichten über unser Münchner Seminar. Da waren uns die innenpolitischen Veränderungen wichtig, wie sie im Bundestagswahlkampf zum Ausdruck kamen, vor allem mit schweren Verlusten der Volksparteien. Die Versuche, über die bestehenden Parteien hinaus Sammlungsbewegungen, auch von links, zu gründen, waren ein weiterer Schwerpunkt. Die Entscheidung der SPD für eine „Große Koalition“ und über das Wesen und die Rolle, die diese Partei in den vom Kapitalismus beherrschten Staat spielt, war dabei auch ein Thema.

Kurz vor dem Erscheinen der „Arbeiterstimme“, Ende Juni, werden in der Türkei die Würfel gefallen sein. Ein kompetenter Genosse hat uns in München die aktuelle Situation geschildert; auf Grund der dort stattfindenden finanziellen und wirtschaftlichen Krise kann es durchaus

sein, dass die Wahlen für Erdogan kein Durchmarsch werden.

Nicht zuletzt deswegen, weil in dieser neoliberalen Nachkriegsbundesrepublik der politische Widerstand gegen das Nazi-Regime immer weniger Bedeutung fand – der von Kommunisten und Sozialisten wurde eh meist verschwiegen – ist es nötig, immer wieder daran zu erinnern. So berichten wir über das missglückte Hitlerattentat des Schreiners Georg Elser.

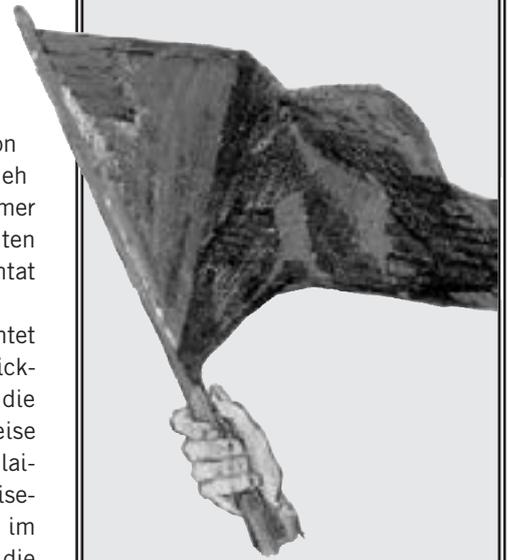
Unser Genosse aus England berichtet wieder über die erfreuliche Linksentwicklung in der Labour Party und über die Krise der Tories. In skandalöser Weise versuchen dort die Rechtskräfte und Blairanhänger, Linke und Corbyn des Antisemitismus zu bezichtigen, nur weil sie, im Sinne aller UNO-Resolutionen, gegen die Palästina-Politik des Staates Israel Stellung beziehen.

Wir konnten wieder einen Artikel der „Gruppe Arbeiterpolitik“ übernehmen und bedanken uns für die Nachdruckgenehmigung. Er bringt uns die politische Situation in Frankreich näher, entlarvt Macrons angebliches „weder links noch rechts“ und berichtet vom Widerstand der französischen Gewerkschaften. In einem Nachdruck geht Rudolf Hickel auf die Tarifaueinandersetzungen im deutschen „Öffentlichen Dienst“ ein und gibt eine Einschätzung der Ergebnisse.

Wir danken für die Bezahlung der Abonnements und besonders für die vielen Spenden. Nun hat uns die Post den nächsten Streich gespielt und das Porto für Büchersendungen gleich um 20% erhöht! Wir sind also weiterhin auf die Spendenbereitschaft unserer Leserinnen und Leser angewiesen.

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

## 200 Ausgaben Arbeiterstimme



Mit dieser Nummer können wir unseren Leserinnen und Lesern die 200. Ausgabe der *Arbeiterstimme* in die Hand geben. Wir meinen, dass das in diesen schwierigen Zeiten – besonders nach dem Niedergang des Sozialismus – schon eine Leistung ist, die sich sehen lassen kann. Auch wenn es zur Zeit schlecht um unsere Sache steht, werden wir weiterhin gegen das kapitalistische System mit seiner menschenverachtenden und zerstörerischen Logik „Konjunktur – Krise – Krieg“ kämpfen und es entlarven. Denn „zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat“, wie schon Rosa Luxemburg festgestellt hatte.

### Vorankündigung:

Die diesjährige Jahreskonferenz der Gruppe findet am 27. und 28. Oktober in Nürnberg statt.

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Thomas Gradl, Bucherstr. 20  
90408 Nürnberg  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.  
Verleger, Zuschriften:  
Thomas Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger  
Postbank München  
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC: PBNKDEFF

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Manöver „Anakonda 2016“ der NATO in Polen

tigter russischer Angst vor einem Vorrücken von NATO und EU gegen jede Zusicherung unmittelbar bis an Russlands Südwestgrenze. Russland beharrt auf der Krim mit dem traditionellen Marinestützpunkt Sewastopol, um sich für seine Flotte den freien Zugang zum Schwarzen Meer und Mittelmeer zu sichern. Putins auf Machterweiterung und Machterhalt ausgerichtete Strategien im Bürgerkrieg in der Ostukraine und im Krieg in Syrien, bescheren dem Land eine ungewisse politische Zukunft, wie es Michail Gorbatschow in seinem Buch *Das neue Russland* beschreibt und kritisiert. Putins wirksamste ökonomische Waffen sind nach wie vor das Erdöl und Erdgas und die Abhängigkeit von Europa davon. Während Jelzin mit etwa 50 US-Dollar pro Barrel Rohöl kalkulieren konnte, kann Putin trotz langjährigen Preisverfalls immer noch mit etwa dem Doppelten rechnen. Und der Ölpreis steigt weltweit wieder.

Der um markige Sprüche nicht verlegene Trump mit Rekordverschleiß an gefeuerten und demissionierten Beratern und Ministern, übt sich derweil getreu seinem Motto *America first* in Kriegsrhetorik, in dem er verkündete, die USA müssten wieder Kriege gewinnen können. Dazu ist bis 2019 eine weitere Erhöhung des Militäretats um 13 % vorgesehen von jetzt 663,6 Milliarden auf dann 716 Milliarden US-Dollar. Die maßgeblich von US-Verteidigungsminister James Mattis zu verantwortenden Strukturmaßnahmen sollen der Umsetzung der im Januar 2018 verkündeten neuen nationalen Verteidigungsstrategie dienen, die

schwerpunktmäßig auf die Bekämpfung konventionell hochgerüsteter Staaten, also China und Russland, ausgerichtet ist. Vorerst hat Trump wohl Handelskriege im Blick, in dem er gegen ausländische Waren hohe Einfuhrzölle verhängt und aus Freihandelsabkommen aussteigt zugunsten bilateraler Vereinbarungen, bei denen die USA ihre Übermacht stärker zur Geltung bringen und anderen Ländern die Bedingungen diktieren können. Kanzlerin Merkels Blitzbesuch in Washington Anfang Mai während Macrons US-Visite zum Gespräch mit Trump, führte in der Frage von US-Zöllen auf Stahl und Aluminium aus Deutschland zu keinem Ergebnis.

### Atomabkommen mit Iran

Per Dekret hat Trump Anfang Mai den einseitigen Ausstieg der USA aus dem internationalen Atomabkommen mit dem Iran verfügt. Er folgte damit auch der unmittelbar noch vorausgegangen Propaganda-Attacke des israelischen Premiers Netanyahu, der erneut schwere (unbewiesene) Anschuldigungen erhob, der Iran würde sich nicht an das Abkommen halten und weiter atomar aufrüsten. Demgegenüber bekräftigt die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in ihrem neuen Quartalsbericht, dass es hinsichtlich der Einhaltung der strengen Kontrollauflagen und des freien Zugangs zu allen in Demontage befindlichen iranischen Atomanlagen keinerlei Beanstandungen gäbe. Trump bezeichnete am 8. Mai vor der Presse das von seinem Vorgänger Obama

2015 mit großem Ehrgeiz verhandelte Ergebnis als „schlechtesten Deal aller Zeiten“ für die USA. Seine Entscheidung gibt ihm nun freie Hand, eigenmächtig wieder mit schwersten Wirtschaftssanktionen gegen den Iran vorzugehen, auf dessen Territorium sich die weltweit zweitgrößten Erdöl- und Erdgaslagerstätten befinden. Damit ist jedoch das Abkommen nicht automatisch hinfällig, denn die übrigen drei europäischen Garantemächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland sowie die UN-Vetomächte Russland und China wollen weiter daran festhalten. Dass dies so bleibe, bekräftigte auch Irans Präsident Rouhani, der nun vor allem auf die EU setzt. Der Schritt der USA und Israels fortgesetzter Druck sind ein weiterer Beitrag dazu, die ohnehin instabile Lage in Nahost weiter zu destabilisieren und verschärfen und könnten sogar schlimmstenfalls zu gemeinsamen Militäraktionen der engen Verbündeten USA und Israel gegen den Golfstaat führen.

### Jein zum Treffen mit Kim Jong Un

Das Hin und Her Trumps gegen Ende Mai zum für den 12. Juni geplanten Treffen in Singapur mit Kim Jong Un stiftete (bewusst?) Verwirrung. Auf die ursprüngliche Zusage folgte eine diplomatisch ungeschickte Absage am 24. Mai mit Hinweis auf neuen „Ärger“, den Pjöngjang mache, das nach Trump wieder „offene Feindseligkeit“ zeige. Dann, nur einen Tag später(!), erfolgte wieder eine in Aussicht gestellte Zusage. Die Nordkoreaner nahmen Trumps Verwirrkomödie eher gelassen und halten ihre Gesprächsbereitschaft für jetzt oder auch später aufrecht. Man hatte als Zeichen guten Willens im Beisein journalistischer Zeugen aus dem Ausland eine eigene Atomtestanlage gesprengt. Es handelte sich um einen (möglicherweise ausgedienten?) Bunker für unterirdische Atomsprengeversuche. Niemand aus dem Westen kennt die atomwafentechnische Infrastruktur Nordkoreas genauer. Trump mag keine politischen Offensiven gegen sich. Eine mögliche Erklärung für seinen Zickzackkurs könnte darin liegen, so kurz vor den Wahlen zum Kongress in diesem Herbst, sich keine Blöße

durch Zugeständnisse an Nordkorea zu geben, nachdem Kims über- raschend-moderates Einlenken auf Druck Chinas Trump in verlegenen Zugzwang brachte. Einen sofortigen radikalen Verzicht Nordkoreas auf sein Atom- und Raketenprogramm zu erwarten, wäre ohnehin allein schon aus Selbstschutzgründen eines Machthabers und seines Militärs, die sich vom Westen herausgefordert und bedrängt sehen, keine realistische Ausgangslage für den Einstieg in einen Dialog.

## US-Außenpolitik Fehlanzeige

Das irritierende Handling im Konflikt mit Nordkorea zeigt auch, dass es im Weißen Haus zwischen Trump, seinem Außen- und Verteidigungsminister und Berater Bolton offenbar keine einheitlich abgestimmte außenpolitische Strategie gibt. Mehr noch: Ein außenpolitisches Aktionsfeld außer mit bestimmten Verbündeten auf der arabischen Halbinsel und mit Israel existiert unter Trump bislang nicht, nicht einmal gegenüber Europa, dem er misstraut. Der doktrinäre Autokrat Trump betreibt Politik, wie er sein Trump-Imperium bestimmte. Er kann mit Kritik und Widerspruch gegen sich, die er persönlich nimmt, nur schwer umgehen und will es gar nicht. Ungern verlässt er seine US-Trutzburg, verhängt Handelszölle gegen Wirtschaftspartner, agiert mit Dekreten (die eigentlich nur für nationale Not- und schwierige Entscheidungslagen gedacht sind) an demokratischen Entscheidungsprozessen im Kongress vorbei und hebelt damit das System der „checks and balances“ ein Stück weit zu seinen Gunsten aus. Er macht auch in seinen außenpolitischen Handlungen im Grunde nur Innenpolitik, indem er eins um andere seine Wahlversprechen umsetzt.

Im eigenen Land steht Trump derzeit unter Druck, nicht nur wegen der angespannten defizitären Haushaltslage, von der er trotz Wahlversprechen nicht herunterkommt, sondern wachsender Proteste vor allem vieler junger Amerikaner\*innen gegen die Waffengesetze. Sie ermöglichen mit Verfassungsrang einen so gut wie ungehinderten Waffengebrauch von Privatpersonen und durchgeknallten Amokschützen, wofür auch die

zahlreichen Massaker an Schulen zeugen. Während es im Nachbarland Kanada (mit ca. zehn Prozent der US-Einwohnerschaft) allenfalls jährlich um die 200 Menschen sind, sind es in den USA bis zu 11.000 im Jahr, die durch privaten Waffengebrauch sterben, darin die Erschossenen bei Polizeieinsätzen gar nicht eingerechnet. Der Bau einer Mauer zu Mexiko, um einsickernde „Illegale“ ins Land abzuhalten, der voraussichtlich über 65 Milliarden Dollar kosten soll, ist vorerst bei der angespannten Haushaltslage kaum realisier- und finanzierbar. Wiederum per Dekret beorderte Trump stattdessen zur Sicherung der amerikanisch-mexikanischen Grenze die schwer bewaffnete Nationalgarde in den Süden, was das Land nach innen weiter militarisiert.

## Europa sucht eigenes Profil

In diesem instabilen internationalen Gefüge, auch das zeigte die Münchner Konferenz, sucht ein insgesamt uneiniges Europa nach einer veränderten eigenen Rolle und Strategie, deutlich geworden in den nahezu einhelligen Bekenntnissen von Repräsentanten wie dem EU-Kommissionspräsidenten Juncker oder dem vorigen SPD-Außenminister Gabriel nach mehr „Weltpolitikfähigkeit“ der EU sowie Verweisen des französischen Ministerpräsidenten Philippe oder der britischen Premierministerin May auf erhöhte militärische Leistungen ihrer Länder, die sie in ihren Reden in München deutlich herausstrichen. Noch immer im Raum stehen die Forderungen von NATO-Ländern wie Polen und USA, Deutschland müsse seinen Verteidigungsbeitrag endlich auf die vereinbarten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöhen. Dem widerspricht bisher die alte und neue deutsche „Verteidigungs“-Ministerin von der Leyen und hält ähnlich wie der SPD-Wehrbeauftragte des Bundestags, Bartels, eine Marge von 1,4-1,5 % für derzeit ausreichend und eine höhere Ziffer gar nicht für sinnvoll. 2 % des BIP wären etwa 65 bis 70 Milliarden Euro jährlich für Rüstung, also fast eine Verdoppelung! Niemand vermag und wagt zu sagen, wofür diese horrende Summe ausgegeben werden soll. Von der Leyen

weist darauf hin, dass Deutschland bei der „Verteidigung“ einen großen Nachholbedarf habe, den in den vergangenen 20 Jahren beschrittenen Weg wieder rückgängig zu machen und die Militärausgaben Schritt für Schritt aufzustocken. Die neue Regierungskoalition deckt diesen Kurs. Allerdings gab es gerade von der neuen SPD-Parteivorsitzenden Nahles ein halbes Nein zu den erheblichen Etat-aufstockungserwartungen der CDU-Ministerin. Die SPD, so Nahles, sei durchaus für eine bessere und auch Geld kostende „Ausrüstung“ der Bundeswehr, was aber nicht automatisch eine generelle „Aufrüstung“ bedeute.

Es ist noch nicht lange her, dass Frau von der Leyen bis 2030 einen gewünschten Investitionsumfang für Anschaffungen bei Bundeswehr und Rüstung von 130 Milliarden Euro umrissen hat, die auch der Koalitionspartner nicht in Zweifel zieht. Das bedeutete – käme es dazu – ohnehin eine automatische jährliche Anhebung des Militärhaushalts um etwa 2 Milliarden Euro, so dass man 2021

Anzeige

August Thalheimer:

### Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorträgen zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung, 5,- €.

schon bei etwa 45 gegenüber derzeit 37 Milliarden Euro anlangte. Hinzu kommt die geäußerte Bereitschaft Deutschlands, im Zuge der Übernahme von mehr europäischer Verteidigungsleistung im NATO-Bündnis auf deutschem Boden ein neues NATO-Kommando für Schnelle Truppen einzurichten und einen Großteil der Kosten hierfür zu übernehmen. Für die NATO-Ostmanöver in diesem Jahr nahe Russlands West-Grenzen sollen statt wie im vorigen Jahr 4.000 nun 12.000 Bundeswehr-Soldaten und -Soldatinnen abgestellt werden. Das Kontingent für das Baltikum, wo Deutschland in Litauen die NATO-Truppenführung innehat, wurde aufgestockt und soll bis 1.000 Mann/Frau gehen. Alle 6 Monate werden sie ersetzt, weil Vereinbarungen mit Russland eine dauerhafte Stationierung nicht erlauben, de facto läuft es jedoch darauf hinaus.

## Italien zuerst

Mit den deutlichen Stimmengewinnen der rechtsextremen, nationalistischen *Lega* (ehemals *Lega Nord*) mit erreichten 17,37 % und der von heterogenen populistischen *Movimento Cinque Stelle* (5-Sterne-Bewegung, Gründer Beppe Grillo) mit 32,68 % bei den Parlamentswahlen am 4. März d. J. (Beteiligung 75 %), zeigt sich insgesamt eine Rechtsentwicklung. Beide Gruppierungen positionieren sich EU-kritisch, euroskeptisch und fremdenfeindlich. Die Linksoption liegt quasi im Koma und schaffte es mit keiner ihrer Organisationen über die 3-Prozent-Sperrklausel und auch Berlusconi rechtsfaschistoide *Forza Italia* (14,01 %) hat an Bedeutung eingebüßt. Die bisherige Regierungspartei *Partito Democratico* (PD) des Sozialdemokraten Matteo Renzi landete abgeschlagen bei 18,72 %. In drei Jahren Regierungszeit konnte der „Verschrotter“ genannte Renzi sein Programm vor allem zur Arbeitsmarktreform nicht durchhalten. Ende Mai standen die beiden Wahlgewinner *Lega* und 5-Sterne nach Verhandlungen vor der Bildung einer neuen gemeinsamen „Regierung des Wandels“, für die es schon einen gemeinsamen Koalitionsentwurf gab. Italien und seine Bürger sollten wieder gut dastehen und an

erster Stelle kommen. Sowohl *Lega* als auch 5-Sterne-Bewegung wollen den EU-Sparkurs verlassen und in Klientelpolitik investieren. Die *Lega* repräsentiert dabei den wohlhabenden Norden (Lombardei, Venetien), die mit Steuersenkungen und einer Einkommenssteuerreform die Pfründe ihrer bürgerlich-kleinbürgerlichen und reichen Wähler sichern will. Während das *Movimento Cinque Stelle* (M5S) für den unterentwickelten Süden und eine Erhöhung der Sozialausgaben (sicheres Grundeinkommen), Rücknahme der Rentenreform etc. eintritt. Ein „Programm der Verzweiflung“ (so der deutsche Keynes-Ökonom Heiner Flassbeck), das vermutlich 90 Milliarden Euro pro Jahr kosten und eine innere wie europäische Sprengkraft bedeuten würde. Märkte und Investoren in Italien und Europa hatten darauf bereits mit Unruhe und Unbehagen reagiert. Italien ist mit 132 % Schulden über dem BIP über Gebühr negativ EU-Norm-belastet (zum Vergl.: Deutschland steht bei 90 %). Die Arbeitslosigkeit beträgt 11 %, unter der Jugend regional teilweise zwischen 25 und 50 %! Eine Erholung von der Weltfinanzkrise 2008 ist nie richtig eingetreten.

Am 27.5. verlautete vom Sprecher des Staatspräsidenten Mattarella, dass die geplante Regierungsbildung von *Lega* und 5-Sterne unter Führung des parteilosen Juristen und Technokraten Giuseppe Conte als Ministerpräsidenten geplatzt wäre. Mattarella hatte von seinem Veto Gebrauch gemacht gegen den EU-feindlichen *Lega*-Kandidaten Savona für den Wirtschaftsminister, worauf diese bestand. Daraufhin trat Conte von seinem Auftrag zurück. Alles wieder auf Anfang. Dies könnte bedeuten, dass es zu einer von Mattarella eingesetzten Übergangsregierung und dann Neuwahlen kommt. Ob dann die Chancen und Voraussetzungen für eine zu bildende 65. Regierung in Italien nach 1945 besser stünden, ist fraglich. Italien kommt an der Südflanke des Nato-Bündnisses eine wichtige militärische Rolle zu und modernisiert dazu ständig seine Streitkräfte in Heer, Luftwaffe und vor allem Marine, beteiligt sich an mehreren Auslandseinsätzen und erzielt ein hohes, leistungsstarkes Rüstungsexportpotenzial. Dem Land

fällt die Wächterrolle gegen Flüchtlingsströme aus Nordafrika übers Mittelmeer Richtung Nordeuropa zu.

## Westliche Verbündete in Nahost: Israel und Jordanien

Deutschland leistet außerhalb der NATO einen weiteren Beitrag zur Aufrüstung so verlässlicher Westpartner wie Israel in Nahost, indem nach den vier modernsten konventionellen U-Booten zur Zeit für die israelische Marine auf deutschen Werften der thyssen krupp Marine Systems (tkMS) ein Los von vier neuen Korvetten des deutschen Typs K 130 gebaut wird, wofür 112 der 430 Mio. Euro Kosten übernommen werden. Ihre militärische Ausrüstung soll dann weiter auf israelischen Werften erfolgen. Israel besitzt mit Raketen und Marschflugkörpern kurz- und mittelweit reichende Trägersysteme, die mit eigenen Atomsprenköpfen bestückt auch seegestützt von diesen Korvetten abgefeuert werden können. Der israelische Premier Netanyahu, im eigenen Land mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert, nutzte das Podium der Münchner Sicherheitskonferenz für eine aggressive Brandrede gegen den Iran, die man auch durchaus knapp unterhalb der Schwelle einer Kriegserklärung verstehen konnte. Er warnte mit Hinweis auf eine von Israel abgeschossene „iranische“ Drohne den anwesenden iranischen Außenminister Sarif, die Bereitschaft Israels zur Ab- und Gegenwehr nicht länger zu testen. Man sei jederzeit zum direkten militärischen Handeln fähig. Sarif ging darauf nicht weiter ein und nannte Netanyahus nassforschenden Auftritt „Zirkus“. Die Vertreter anderer Länder forderte Israels Premier auf, sich dem Iran entschlossen entgegenzustellen.

Weitere Nahostländer werden militärisch gestärkt. Die Bundesregierung genehmigte die Ausfuhr von auf der Lürssen-Werft in Wolgast (Peene-Werft) gebauten acht Küstenwachtschiffen an Saudi-Arabien. Sie sind 35 m lang, 40 kn schnell und tragen ein 57 mm-Geschütz. Sie sollen zur Überwachung im Offshore-Küstenschutz, zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus in internationalen Gewässern und bei

Anti-Piraterie-Operationen eingesetzt werden und kosten pro Stück rund 20 Mio. Euro (Angaben nach ES&T, 5/2018). Das Königreich Jordanien, das der westlichen Anti-IS-Koalition angehört, erhält neben Militärhilfe aus den USA und anderen NATO-Staaten im Rahmen einer als „Ertüchtigungshilfe“ bezeichneten Maßnahme von Deutschland 50 Schützenpanzer des Typs Marder sowie einige Dutzend Militär-LKWs, Militärkleinbusse und zwei Übungsmotorflugzeuge für die eigene Militärpiloten-Ausbildung. Schließlich will man sich auch erkenntlich dafür zeigen, dass das Land sich bereitgefunden hat, den sechs deutschen Tornadoaufklärern samt Logistik und Tankflugzeug nach Verlassen der Türkei eine neue Operationsbasis im Wüstenstützpunkt Al-Asrak zu gewähren für ihren „Aufklärungskampf“ gegen den IS in Syrien. Gerade besuchte der neue SPD-Außenminister Heiko Maas auf seiner ersten Nahost-Reise die jordanische Hauptstadt Amman, wobei es neben dem Truppenbesuch deutscher Soldaten auch um Wirtschaftshilfe gegangen sein dürfte. Jordanien hat mehrere Hunderttausend Flüchtlinge vor allem aus Syrien aufgenommen, die zumeist in notdürftigen, überfüllten Zeltstädten in der Wüste ein kärgliches Dasein fristen, nachdem selbst das UNHCR-Flüchtlingshilfswerk die

Mittel für deren Versorgung kürzen mußte, da die UNO-Mitglieder lediglich einen Bruchteil ihrer Beiträge dafür bezahlt hatten. Grundsätzlich, so sieht es auch der neue Koalitionsvertrag von Union und SPD vor, soll künftig militärische Hilfe für andere Länder in einem Aufwandsverhältnis von 1:1 mit zivilen Mitteln etwa bei der Entwicklungszusammenarbeit betrieben werden. Das ist nicht nur eine höchst bedenkliche Verknüpfung von zivil und militärisch, sondern stellt solche Leistungen in der Regel unter den Primat von militär- und sicherheitspolitischen Erwägungen.

### Neue Rüstungsspirale, neue Bedrohungsszenarien

Aufhorchen ließ die medienwirksame Ankündigung Putins in Vorwahlzeiten neu entwickelter Raketenwaffen und Marschflugkörper im Kurz- und Mittelstreckenbereich. Diese sollen sogar den US-Raketenschild in Polen und Rumänien umgehen und nicht bekämpft werden können. Bisher hat sie niemand gesehen und es existieren davon nur virtuelle Demonstrationen in den russischen Staatsmedien. Wenn es sich dabei nicht nur um potemkinsche Dörfer zur Täuschung handelt, könnte dies als Reaktion auf die seit Jahren betriebene Modernisierung von US-Atomwaffen auf die Größe gefechtsfeldfähiger „Mini-Nukes“ dazu beitragen, eine neue Rüstungsspirale anzukurbeln. Sowohl neue russische Mittelstreckenraketen als auch US-amerikanische Miniatombomben sind geeignet, bestehende Rüstungsbegrenzungsabkommen wie den INF-Vertrag als auch atomare Kontrollvereinbarungen zu unterlaufen und in Frage zu stellen. Zahlen bei den Rüstungsausgaben sprechen im Vergleich aber immer noch eine eindeutige Sprache und lassen starke Zweifel an einer akuten „russischen Gefahr“ aufkommen. Die europäischen Länder geben zurzeit pro Jahr zusammen mehrere 100 Milliarden Euro für ihre Rüstung aus, Russlands Militäretat beträgt nach 20 %-igem Schrumpfen aktuell 65 Milliarden Euro. Überhaupt hat man in EU- und NATO-Kreisen in China und Russland die neuen Feinde des

Westens verortet. So hat aktuell die NATO einer Reihe russischer Beobachter ihren Status entzogen. Einzelne Redner der schon erwähnten Münchner Konferenz, allen voran der geschiedene deutsche Außenminister, betonten das neue Feindbild immer wieder offen und deutlich. Nach Gabriel versuchen beide Mächte, die EU zu untergraben. Vor allem in China sieht er eine starke Tendenz am Werk, sich in Afrika vermehrt zu engagieren und auszubreiten, wogegen sich westliche Länder ökonomisch wappnen und formieren müssten. Dazu wäre es erforderlich, Afrika, wo bis 2050 doppelt so viele Menschen wie heute leben sollen, als „Chancen- nicht Problemkontinent“ zu sehen. Chancen wofür und für wen?

Im Kontext von freiem Welthandel und Weltmarktkonkurrenz bedeutet das kapitalistische Ausbeutung und Ausnutzung als Absatzmärkte. Dazu sollen afrikanische Länder, wie dies auch Kanzlerin Merkel vertritt, ihre Einfuhrzölle für ausländische Produkte senken oder ganz aufheben. Die Folge wäre und ist bereits vielerorts, dass dort westliche Waren die einheimischen Märkte noch mehr als bisher überschwemmen und die eigene Produktion von Gütern konkurrenzunfähig machen. Wen wundert es da noch, wenn einheimische Arbeitskräfte brotlos werden und sich in großer Zahl auf Abwanderung begeben auch in fernere europäische Länder. Sie sind ungeliebte „Wirtschaftsflüchtlinge“ vor schleichenden Handelskriegen und -konflikten, die sich auch in der Klimakatastrophe, in Verwüstung, Überflutung und Wassermangel ausdrücken.

### Militärachse London-Paris-Berlin

Nachdem die USA unter Trump sich verbal aus transatlantischen Verantwortungen zurückziehen bzw. sie anderen überlassen wollen, gibt es nun eine neue Militärachse London-Paris-Berlin. Wobei der französische Präsident Macron die schleppende deutsche Regierungsbildung 2017 nutzte, im Zuge seiner im Oktober verkündeten „Revue stratégique de défense et de sécurité“ (auf dt. etwa: *Strategische Übersicht zu Verteidigung*

Anzeige

#### Wieder Lieferbar: Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

und Sicherheit), die als eine Art französisches „Weißbuch light“ (zuletzt vorgelegt 2013) anzusehen ist, eigene Pflöcke im Sinne „pragmatischer Kooperation“ einzurammen, was seinem deutschen Partner einiges abverlangt (siehe dazu *Arbeiterstimme* Nr. 199 vom Frühjahr 2018). Die Schlüsselworte aus verschiedenen Blickwinkeln sind dabei „europäische Schicksalsgemeinschaft“ (Frankreich), „regelbasierte Weltordnung“, „neue Sicherheitspartnerschaft“ (Großbritannien) oder „vernetztes Sicherheit“ (Deutschland), die alle ungefähr dasselbe meinen und ausdrücken.

Umfang verkleinert, von einst über 1.000 Panzern behielt man noch etwa 300 und hat gerade beim Hersteller Krauss Maffei vom modernisierten (wüstenfähigen) neuen Leopard II 100 Stück nachbestellt. Die Personalstärke wurde zurückgefahren bzw. fiel ab auf unter 180.000 Mann und Frau, es fehlen der Armee ca. 18-20.000 Soldat\*innen. Die allgemeine Wehrpflicht wurde 2011 als Koalitionsgeschenk an die FDP von der Merkel-Westerwelle-Regierung ausgesetzt, d. h. faktisch abgeschafft. Es gibt nicht genug Freiwillige. Die im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhun-

deswehr in der aktuellen Legislatur (4 Jahre) hat die Sparbremse des SPD-Finanzministers Olaf Scholz erstmalig auf unter die Hälfte gedämpft. Das neue Leitbild zur Orientierung lautet „Fähigkeitsprofil“. Es bedeutet eine gesteigerte, gleichzeitige Einsatzbereitschaft des ganzen deutschen Militärs in allen Einsatzräumen bis zum Welt- und Cyberraum und bei allen drei Waffengattungen durch eine bestimmte Anzahl binnen kurzem einsetzbarer Einheiten und Waffensysteme. Dazu sollen auch die Anzahl der hierfür benötigten Bataillone und Divisionen erhöht und neue Waffen beschafft werden, etwa ein Nachfolgesystem für den Atom-bomber Tornado und ein zusätzliches mittleres Transportflugzeug neben der schwerfälligen viermotorigen A 400-M, die als nur bedingt tauglich gilt für schnelles Truppenverlegen an Orte mit nur improvisierten oder kurzen Start- und Landepisten. Im Gespräch sind Angebote aus USA, Brasilien oder Italien. Wenn man das nicht als eine konkrete Kriegsvorbereitung und ständige „Kriegspatrouille“ bezeichnen muss...

Bekannt sind die immer wieder öffentlich kritisierten, gravierenden Ausrüstungs- und technischen Bestandsmängel der Bundeswehr besonders bei der Luftwaffe und Marine, die Berlin bislang dauerhafte Sorgen bereiten und die der Generalinspekteur der Bundeswehr beständig klein zu reden versucht. In Wirklichkeit weiß man nicht, wie z. B. bis Mitte des nächsten Jahrzehnts die geplanten fünf neuen Korvetten K 130, vier Mehrzweckkampfschiffe MK 180 und zwei U-Boote personell mit qualifiziertem Personal bestückt werden sollen. Diese Mängel sollen mit dem neuen Fähigkeitsprofil behoben werden. Mit einer Bundeswehr der Pannen, Geräteausfälle und defekten Waffen (Bsp. H&K-Sturm-gewehr) soll Schluss sein. Gedacht ist auch an zusätzliche Reservistenmobilisierung und sogar Söldneranstellung, sowas wie eine deutsche „Fremdenlegion“. Der Großteil der Verteidigungsbereitschaft des deutschen Militärs entfällt bisher auf die Aufrechterhaltung der teuren Auslandseinsätze, davon zahlenmäßig die größten im Baltikum, in Nordafrika (Mali, Südsudan), im östlichen Mittelmeer, am Horn von Afrika, in



Korvette K 130 der Bundesmarine

Niemand will sich vordrängen, Führungsmacht zu sein, Großbritannien kann und will nicht nach dem Brexit, Frankreich schafft's nicht mit seinen ökonomischen Defiziten und Deutschland genauso wenig mit seiner militärischen Schwäche nicht nur als Nicht-Atommacht, sondern von den USA abhängiger atomarer Teilhabemacht. Deutschland drängt als sechstes ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat, kann diesen Anspruch aber bisher durch seine begrenzte Militärmacht nicht unterfüttern.

### Bundeswehr auf „Kriegspatrouille“

Nach 1990 wurde die Bundeswehr bei gesunkener Bedrohungslage von außen auf etwa ein Viertel

derts vor allem unter den Ministern Jung, zu Guttenberg und de Maizière eingeleitete „Neuausrichtung“ der Bundeswehr auf Auslandseinsätze, Antiterrorkrieg und eine Unterstützungsreserve wird jetzt mit von der Leyen in der Komponente „Armee im Einsatz“ fortgesetzt und intensiviert und mit der Zielsetzung einer neuen Gleichrangigkeit von Bündnis- und Landesverteidigung und dem reaktivierten Bedrohungsszenario Russland revidiert (siehe dazu das Weißbuch 2016 und Grundsatzpapier „Konzeption der Bundeswehr“ 2018). Angebote zur Kooperation von Seiten Russlands wurden schon 2001 rundweg ausgeschlagen. Eine zugespitzte Konfrontation imperialistischer Staaten wird der Öffentlichkeit als „Neuer Kalter Krieg“ verkauft. Die Erwartung von der Leyens an 12 Milliarden Euro mehr für die Bun-

Irak und Afghanistan mit zusammen über 3.100 Mann/Frau. Jedes halbe Jahr wird dabei das Personal komplett ausgetauscht.

## Weltweit mehr Kriege und Konflikte

Auf nicht absehbare Zeit wird jede bürgerliche deutsche Regierung diese Einsätze mit steigender Tendenz per Parlamentsbeschluss verlängern. Es wurde versäumt, die sich nach dem Ende des Kalten Kriegs eröffnende Friedensdividende zu überführen in eine umfassende, politische, ökonomische und soziale Aspekte erfassende internationale Friedenspolitik und ein funktionierendes System ziviler Konfliktbewältigung und -prävention weltweit. Man dachte, man hätte dies bereits in Form von Friedensmissionen der UNO, die sich jedoch weitgehend als unwirksam erweisen, solange Staaten und Regierungen in Konflikten keinen Gewaltverzicht leisten und selbst Blauhelmsoldaten sich in afrikanischen Ländern der Korruption und Übergriffe auf eigentlich zu schützende Bevölkerungen schuldig machen. Das Heidelberger *Institut für Internationale Konfliktforschung* hat in seinem „Konfliktbarometer 2017“ weltweit 222 gewaltsame Konflikte zwischen Staaten, Volksgruppen und politischen Organisationen registriert, davon 20 eingestuft unter der höchsten Eskalationsstufe als Kriege. Zu Beginn der 1990er Jahre waren es noch ca. 140. Dabei ist nach wie vor der Nahe bis Mittlere Osten die Region, in der derzeit weltpolitisch die verschiedenen Interessen der Hauptkonkurrenten und ihrer Stellvertreter am schärfsten aufeinander treffen und sich gegeneinander positionieren: Über die nordirakischen Peschmerga, die von der Bundeswehr gegen den IS mit Gewehren und Granaten sowie logistischer Ausbildung ausgerüstet und ausgestattet wurden, gelangten entweder direkt durch Weitergabe oder als Beutegut deutsche Sturmgewehre G36 von Heckler & Koch auf fast alle kriegsbeteiligten Seiten. Der Satz Deutsche Waffen töten in aller Welt wird damit wieder einmal eindrücklich bestätigt.

## Türkei sieht sich in Frontstellung

Da düpiert schon mal die Türkei den NATO-Partner USA, die mit 2.000 Elitesoldaten entlang der türkisch-syrischen Grenze im Kanton Afrin seit an seit mit den kurdischen YPG-Milizen operieren, die Erdoğan als verbündete Ableger der PKK bekämpft. Die YPG-Milizen mussten vor der Übermacht der türkischen Offensive „Ölzweig“ zurückweichen, gaben diesseits und jenseits des Euphrat Boden preis und kündigten einen Guerillakrieg gegen die Türkei an. Die Türkei setzt im Grenzkrieg gegen die Kurden ohne Skrupel auch ihre deutschen Leopard II-Panzer und Räderfahrzeuge Made in Germany ein. Präsident Erdoğan's Strategie ist es, sich und sein Land als verlässlichen Grenzwachter an Europas südöstlichen Außengrenzen und Bekämpfer von „Terroristen“ zu präsentieren. Er zeigt sogar Interesse an einer neuen Annäherung an Russland. Sein Kriegsminister Yıldırım lieferte auf der Münchner Konferenz Zahlen und Fakten, die kaum überprüfbar belegen sollen, wie entschieden man in der Türkei gegen den IS vorgehe, indem man „mehrere Tausend“ von ihnen „aus Europa“ kommend an der Grenze aufgehalten oder bei Kämpfen „ausgeschaltet“ habe. Das klingt jedoch kaum glaubwürdig, wenn man weiß, dass viele IS-Angehörige in der Türkei lange Zeit unbehelligt blieben, das Land ungestört im Transit nutzen und sich frei bewegen konnten, ja der IS sogar von undurchsichtigen türkischen Fonds finanziell unterstützt wurde. Hier unterliegt Yıldırım wohl der selbst täuschenden Wirkung seiner eigenen „alternativen Fakten“. Hauptgegner der Türkei sind immer noch die Kurden in Nordsyrien und im Nordirak

## Dialogblockade und Proteste

Stefan Liebich, außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, zeigte sich im TV-Talk *Unter den Linden* (Phoenix, 19.2.2018) sehr betroffen vom nervösen und gereizten Klima, das diesmal auf der Münchner Sicherheitskonferenz unter den 500 Teilnehmenden aus über 70 Ländern vorgeherrscht habe. Wäre es früher

noch üblich gewesen, auch unter politischen Gegnern auf diesem Forum wenigstens das Gespräch zu suchen, hätte man diesmal nur noch aneinander vorbeigeredet. Der Präsident und Organisator der Konferenz, der deutsche Diplomat Ischinger, beklagte bei allen Analysen das Fehlen von Konzepten und Vorschlägen für eine Verbesserung und Entspannung der schwierigen internationalen Lage. Jeder redete nur noch von und für sich, im Sinne der eigenen Interessen und Positionen. Ischinger möchte der Konferenz mehr den Anstrich des Zivilen geben und sie aus der militärischen Ecke der „Wehrkundetagung“, wie sie früher hieß, herausholen. Aber das Treffen bewies und unterstrich erneut nur die dominierende Rolle der ohnehin militärisch Starken und Einflussreichen. So behielten auch die über 4.000 Demonstrierenden gegen die Konferenz, darunter viele Kurd\*innen, Recht mit ihrem Eintreten für Abrüstung, gegen Krieg und Rüstungsexporte. Sie erhielten gleichgesinnte Unterstützung wenig später durch viele Tausende, die auch dieses Jahr bei den Ostermärschen in zahlreichen Städten und an Militärstandorten wie dem Atomlager Büchel in der Eifel oder den Rüstungsfirmen Heckler & Koch und Rheinmetall Defense (vormals Mauserwerke) im baden-württembergischen Oberndorf mit zusammen etwa 1.000 Beschäftigten und wo eine 6.100 Einw.-Kleinstadt „vom Töten lebt“, wieder auf die Straße gingen und für Frieden und Abrüstung, Verbot von Waffenexporten und ein Ende des Kriegs in Syrien demonstrierten.

EK/HB, 25.5.2018

Quellen:

*Europäische Sicherheit & Technik, ES&T (Militärzeitschrift), Heft 3/2018 und 5/2018*

*Michail Gorbatschow: Das neue Russland: der Umbruch und das System Putin. Köln 2015*

*Phoenix-Runde vom 23.5.2018: „Alleingang der Populisten – Italien gegen EU?“ Franco Turigliatto: „Rechtsruck in Italien ... und ein kleiner Lichtblick“. In: die internationale, Mai/Juni, 3/2018 (S. 58-64)*

*unsere zeit (uz); Sozialistische Wochenzeitung; verschiedene Artikelbeiträge in Nr. 18-21/Mai 2018*

# Unser Frühjahrstreffen

Die Frühjahrstagung der Gruppe Arbeiterstimme und der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen fand heuer am 5. und 6. Mai statt. München hat sich als Veranstaltungsort bewährt und es finden immer wieder einige Sympathisanten unangemeldet den Weg zu uns.

Die Themenauswahl für das diesjährige Treffen war schwierig gewesen. An Themen, die es genauer zu beleuchten und zu diskutieren gegeben hätte, bestand heuer wahrlich kein Mangel. So stand die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch Trump in Washington kurz bevor; Israel hatte schon mehrmals völkerrechtswidrig vorgeblich iranische Stellungen in Syrien unter Beschuss genommen – in der Nacht vor der Tagung allein 20; die Lage in Korea, die, obwohl scheinbar gerade in eine Periode des vorübergehenden Tauwetters eingetreten, immer noch höchst brisant ist. Rußland muss wieder als Feindbild für alles herhalten – die Rhetorik in der Politik und den Medien knüpft an die des Kalten Krieges an. Dabei wird geflissentlich darüber hinweggegangen, dass Rußland kein sozialistisches Land mehr ist und es hier um ganz „normale“ wirtschaftliche, imperialistische Interessen geht. Es ist keiner Erwähnung mehr wert, dass nicht Rußland sein Einflussgebiet in Richtung NATO ausgedehnt hat, sondern es vielmehr die NATO war, die mit ihrer Osterweiterung Rußland immer mehr eingekesselt hat. Der völkerrechtswidrige Einmarsch türkischer Truppen in Syrien – angeblich gegen Terroristen – in Wirklichkeit einerseits Wahlpropaganda von Erdogan und andererseits der Versuch der Türkei, mit aller Macht das Entstehen eines kurdischen Staates zu verhindern. Die dramatischen Krisen einiger Staaten in Latein- und Südamerika, in Venezuela, Bolivien und Kolumbien, die Korruptionsvorwürfe gegenüber Lula in Brasilien... Die Liste der Brennpunkte in der Welt ließe sich leicht fortsetzen.

Wir hatten uns auf einem Treffen in Nürnberg darauf geeinigt, dass es wichtig wäre, den Blick auf das Geschehen in Europa zu fokussieren. So waren wir zu den Themenschwerpunkten „Krise des parlamentarischen Systems und der Volksparteien“ und das „Entstehen von Sammlungsbewegungen“ gekommen. Des Weiteren wollten wir uns mit der Lage in der Türkei und dem Zustand der immer noch größten kommunistischen Partei in Deutschland, der DKP, befassen.

Die Tagesordnung sah also folgendermaßen aus:

#### Samstag:

1. Überlegungen zur Krise der (Volks-)Parteien
2. Das Entstehen von Sammlungsbewegungen als Reaktion darauf
3. Einschätzungen zur Lage in der Türkei

#### Sonntag:

4. Diskussion über aktuelle Entwicklungen in der DKP
5. Einschätzung der Weltlage (eine Annäherung)
6. Auf den Spuren der russischen Revolution (ein Reisebericht)

Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war erfreulicherweise, trotz einiger Absagen, auf dem Stand der letzten Jahre konstant geblieben. Neben Genossinnen und Genossen der veranstaltenden Gruppen, der AGI Dorfen und der Gruppe Arbeiterstimme, nahmen auch wieder eine Genossin und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik teil. Wie schon erwähnt, hatten auch einige Sympathisanten den Weg zu uns gefunden.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten Krise der Volksparteien und Sammlungsbewegungen hatten zwei Genossen Beiträge erarbeitet, die sie vortrugen und zur Diskussion stellten. Der erste befasste sich anfangs in einem historischen Rückblick auf das Entstehen und die Hochzeit der Volksparteien in Europa und Deutschland und ging auf die Gründe des Niedergangs ein. Aktuelle Untersuchungen u.a. von der Hans-



Böckler-Stiftung beleuchteten die aktuellen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler. Im Endeffekt machen alle Untersuchungen deutlich, dass es die vorherrschende ungerechte Verteilung von Armut und Reichtum ist, sowie daraus resultierende Zukunftsängste, die sich ausschlaggebend im Wahlverhalten und den Wahlergebnissen widerspiegeln. Den Herrschenden und den Medien – und eben nicht nur den Rechten – gelingt es jedoch mit dem „Thema“ Flüchtlinge, diese Verhältnisse zu verschleiern und die Flüchtlinge in den Vordergrund zu rücken; natürlich ohne auf Fluchtursachen und die eigene Beteiligung daran einzugehen. Das schlägt sich dann natürlich auch in einem Anwachsen des Nationalismus nieder.

Vertrauensverlust und der Niedergang der Volksparteien und nicht nur der haben in Europa zu einem Entstehen von Sammlungsbewegungen geführt.

In seinem Vortrag ging der Genosse auf die Bewegungen in Spanien, Frankreich und Italien und schließlich auch auf die Linke in Deutschland ein. Er begriff Sammlungsbewegungen als Ausfluss der Krise parlamentarischer Politikausübung.

Zur Frage: „Was können Sammlungsbewegungen, was Parteien nicht können“, führte er an:

- Weniger Programm als Aktionsversprechen;
- Konzentration auf wenige sehr allgemein gehaltene Ziele
- Weitgehende Aufweichung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die in harten und teilweise langen Auseinandersetzungen erkämpft wurden

Für Linke und Marxisten sind das erschreckende Aussichten.

Aus der Diskussion seien hier nur einige der wichtigsten Punkte angeführt:

- Menschen, die vom sozialen Abstieg bedroht sind, sollten eigentlich dem linken Parteienspektrum gewogen sein, sie wählen aber rechts.
- Nach dem 2. Weltkrieg gab es keine Klassenparteien mehr, ohne massive soziale und gesellschaftliche Erschütterungen wird das Entstehen einer neuen Klassenpartei nicht möglich sein.
- Die Gewerkschaften sollten sich angesichts der geschilderten sozialen Ungerechtigkeiten verstärkt die Verteilungsfrage auf die Fahnen schreiben und dafür als militante Sammlungsbewegung agieren.

Unser Genosse, der schon mehrere Referate und Artikel über die Türkei verfasst hatte, hatte sich, trotz Zeitmangel, bereit erklärt, einen kurzen Bericht über die aktuellen Entwicklungen in der Türkei zu geben.

Er berichtete, dass seit dem 15. Juli 2016 der Ausnahmezustand in der Türkei herrscht. Den Säuberungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst, im Schuldienst und an den Universitäten sind über 150.000 angebliche „Putschisten“ zum Opfer gefallen; viele wurden in Gefängnisse geworfen. Große Teile ihrer Betriebe, ihres Vermögens und ihrer Grundstücke wurden durch eine Art Treuhand enteignet. Streiks in der Metall- und der Glasindustrie waren verboten worden – es gab keinen Spielraum für Klagen vor dem Gericht. Die Medien und damit die Vormacht der herrschenden Meinungsverbreitung sind in Händen der AKP. Es existieren nur noch zwei bis drei linke Tageszeitungen, deren Auflage jedoch sehr gering ist. In türkischen Gefängnissen sind über 150 linke Journalistinnen und Journalisten eingesperrt. Sogar Wikipedia ist verboten.

Für das Vorziehen der Parlaments- und Präsidentenwahlen auf den 24. Juni dieses Jahres legte der Genosse die Gründe dar. Erdoğan befürchtet, dass ihm seine Felle, bliebe es beim späteren Wahltermin, doch noch davonschwimmen könnten. Denn es ist auch in der Türkei wie immer die Wirtschaft. Und mit

der schaut es nicht zum Besten aus. So liegt die Inflationsrate über 12 % mit steigender Tendenz, die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 10 %, in Wirklichkeit liegt sie eher bei 15 %, bei Frauen und Jugendlichen ist sie deutlich höher. Dazu kommt, dass die Rating-Agenturen die Türkei auf Ramschniveau herabgestuft haben.

Wenn es beim alten Termin geblieben wäre, hätten sich diese Entwicklungen noch weiter verschärfen können und sie wären der AKP-Regierung und Erdoğan angelastet worden. Aber trotz des vorgezogenen Wahltermins gilt ein Sieg Erdoğan und der AKP als noch nicht ausgemacht. Vier Oppositionsparteien haben sich für die Parlamentswahlen zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen, die Erdoğan Macht brechen wollen.

In der Allianz für die Parlamentswahlen haben sich Parteien zusammengefunden, die ideologisch eigentlich tiefe Gräben trennen, durch ihre Gegnerschaft zu Erdoğan jedoch geeint werden. Es sind die *Republikanische Volkspartei (CHP)*, die nationalistische *İyi Parti (Gute Partei)*, die islamistische *Glückseligkeitspartei (SP)* und die bürgerlich konservative *Demokratische Partei (DP)*. Das Bündnis soll den Oppositionsparteien durch die Listenverbindung über die Zehnprozenthürde ins Parlament helfen; in einer Wahlallianz muss nur der ganze Block über zehn Prozent liegen, nicht jede einzelne Partei. Als einzige große Oppositionspartei gehört die *Demokratische Partei der Völker (HDP)*, die legale Partei der Kurdeninnen und Kurden in der Türkei, nicht zum Wahlbündnis der Erdoğan-Gegner. Die anderen Parteien scheuen eine Zusammenarbeit mit der politischen Vertretung der Kurden, weil sie befürchten, dadurch Wählerstimmen zu verlieren.

Gemeinsam ist den Parteien im Oppositionsbündnis und der HDP, dass sie den von Erdoğan vorangetriebenen Umbau der Türkei in eine Präsidialrepublik ablehnen. Sie versprechen, den Ausnahmezustand aufzuheben und die Meinungsfreiheit zu stärken, auch Wikipedia soll wieder zugelassen werden.

Der Genosse ist der Meinung, dass die Chancen, den Führungsanspruch der AKP zu brechen, so schlecht nicht einzuschätzen sind.

Auch bei der Präsidentenwahl könnte es für Erdoğan schwieriger werden als erwartet. Die AKP ist seiner Meinung nach sehr nervös und bereitet Wahlgeschenke in Milliardenhöhe vor.

Zum Abschluss des offiziellen Teils der Tagung am Samstag hatten wir aus technischen Gründen den Reisebericht eines Genossen vorgezogen, der letztes Jahr in Rußland gewesen war. Er hatte seinem Vortrag den Titel „Auf den Spuren der russischen Revolution“ gegeben und ihn mit vielen Bildern untermalt.

Die Diskussion über die aktuelle Situation in der DKP wurde, nach einer parteigeschichtlichen Einführung eines Dorfer Genossen, vielschichtig und lebhaft geführt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist jedoch noch nicht abzusehen, wie sich die Austritte eines großen Teils von wichtigen Genossinnen und Genossen einerseits auf die Partei auswirken werden; andererseits ist unklar, welchen politischen Weg diese Genossinnen und Genossen einschlagen werden.

Unseren letzten geplanten Tagesordnungspunkt zur „Einschätzung der Weltlage“ mussten wir aus Zeitmangel verschieben (wir verweisen auf den entsprechenden Artikel in dieser Nummer „Internationale Tendenzen“, ab Seite 1).

Dafür berichtete der Genosse aus Dorfen von einer gelungenen Protestaktion dort gegen eine Veranstaltung der AfD, die zur Nachahmung empfohlen werden kann. Er hat dazu einen Beitrag verfasst.

Die Tagung in München hat dazu beigetragen, die behandelten Sachverhalte tiefergehend zu beleuchten, andere Einschätzungen und Meinungen dazu zu hören und sie in solidarischer vorwärtsweisender Diskussion zu vertiefen. Darüber hinaus hat sie den privaten Zusammenhalt der Teilnehmenden und die Kontakte über die Gruppen hinweg vertieft. Das Münchner Frühjahrstreffen wurde von allen positiv bewertet. Wir werden daran festhalten. In diesem Sinn laden wir Interessierte an dieser Stelle schon zu unserem Frühjahrstreffen 2019 nach München ein.

# Volksparteien in der Krise



Die Wahlen in Deutschland und Europa zeigen schon seit einigen Jahren eine ähnliche Tendenz an: Die großen Volksparteien, die früher für klare Regierungsverhältnisse in den einzelnen Ländern sorgten, haben alle mit einem ähnlichen Problem zu kämpfen. Sie scheinen in den jeweiligen Gesellschaften nicht mehr verankert zu sein, ihnen laufen die Wähler davon. Europas Parteiensysteme dröseln sich auf. Waren früher Regierungen aus zwei oder drei Parteien eher die Regel, so sind heute Parlamente mit acht Parteien schon keine Seltenheit mehr.

Parteien, die noch in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mehr als 40 bis 50 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten, rutschen heute unter die 30-Prozent- oder gar 20-Prozent-Marke. Deutschland bildet da keine Ausnahme, man betrachte sich nur die Ergebnisse der SPD in Bayern oder im Osten Deutschlands.

Bei der Bundestagswahl 2017 kamen die beiden Volksparteien nur noch auf 53,4 Prozent der Wählerstimmen. In ihrer Hochzeit 1972 waren es 91,2 Prozent.

Was ist geschehen? Der Verlust an Zustimmung ist allerdings keine Erscheinung der Neuzeit; er zeichnet sich schon länger ab. Ein Blick auf die

Entstehung und die Geschichte der Volksparteien ist da hilfreich.

Mit den Volksparteien ist nach 1945 in vielen Ländern Europas ein Parteitypus entstanden, der den sozialen und strukturellen Veränderungen entsprach. Wirtschaftswachstum, Massenkonsum und „Wohlfahrtsstaat“ ließen sowohl religiöse Bindungen auf der einen, wie sozialistische, klassenkämpferische Ausrichtungen auf der anderen Seite in den Hintergrund treten.

Es entstand nach bürgerlichem Verständnis und Sprachgebrauch eine „Mittelschicht“. Die Volksparteien hatten, wie es schon der Name sagt, den politischen Anspruch, sich an das ganze Volk zu wenden und nicht nur an bestimmte Klassen, Konfessionen oder soziale Milieus. Im Anspruch einer Volkspartei schwingt meist auch die Idee des Allgemeinwohls mit, sowie die Absicht, die Polarisierung zwischen sozialistischen Kräften einerseits und konservativ religiösen Kräften andererseits in den Hintergrund treten zu lassen. Der Klassencharakter des kapitalistischen Staates sollte verschleiert werden. (siehe die letzten Ausgaben von *Arsti und Arpo*)

Ganz sind diese sozialen Verankerungen in den Volksparteien jedoch nicht verschwunden; sie drücken sich nicht zuletzt darin aus, dass wir

bis heute von Mitte-links- oder Mitte-rechts-Volksparteien sprechen. Erstere wurden typischerweise von der Sozialdemokratie, letztere von christlich-konservativen Parteien repräsentiert. Der Wahlerfolg von Mitte-links- und Mitte-rechts-Volksparteien basierte vor allem darauf, dass diese Parteien zum einen ihre Stammklientel auf der Rechten wie auf der Linken weiter an sich banden und zum anderen Wähler aus benachbarten sozialen Milieus der Mitte gewinnen konnten.

1961 hatten die beiden großen Parteien 81,5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt, 1969 waren es 88,8 Prozent und 1972 91,2 Prozent.

Volksparteien wurden in dieser Periode sozusagen zum Garanten und Nutznießer der kontinuierlichen Wohlstandsmehrung, der sozialen Sicherheit sowie der Verschleierung und Entschärfung ideologischer und religiöser Gegensätze.

Damit war damals der Gipfel erreicht. Seitdem haben beide große Parteien in Deutschland wie in Westeuropa an Zuspruch verloren.

Als Symptome hierfür können der Rückgang der Mitgliedschaft durch den biologischen Schrumpfungsprozess, ohne deutliche Neuzugänge; ein hohes Durchschnittsalter unter den Parteimitgliedern, anhaltender Vertrauensverlust der Volksparteien bei

den Bürgern und letztlich der kontinuierliche Verlust an Wählerzuspruch angeführt werden.

In Deutschland machten sich die beiden großen Parteien seit den sechziger Jahren schrittweise auf den Weg in die Mitte des Parteiensystems. Bei der CDU wurde das als schleichende „Sozialdemokratisierung“, bei der SPD als zunehmende „Verbürgerlichung“ beschrieben. Die erfolgreichere unter den Volksparteien war meist die CDU/CSU. Eine Ursache lag darin, dass die deutsche Christdemokratie, stärker als die SPD, in nahezu allen sozialen Milieus verankert war. Die SPD hatte ihre Anhängerschaft hauptsächlich in der Arbeiterschaft und bei den kleineren und mittleren Angestellten. Sie konnte die Union nur dreimal in der Wählergunst überflügeln: 1972 in der Aufbruchstimmung einer kulturellen Umwälzung der Republik unter Willy Brandt, 1998 als Folge der bleiernen Endzeit der Kohl-Regierungen, und 2002, als der Osten der Republik überschwemmt wurde und Bundeskanzler Schröder sich erfolgreich als Krisenmanager präsentieren konnte.

Im europäischen Maßstab ist der Wählerverlust der Mitte-rechts und Mitte-Links Volksparteien annähernd gleich groß.

Für Mitte-links begann der Abstieg 1973 auf einem westeuropäischen Niveau von etwa 37 Prozent der Wählerstimmen und endete vorläufig 2015 bei knapp 23 Prozent. Der bis jetzt anhaltende Niedergang begann Ende der 1990er Jahre, als die wichtigsten sozialdemokratischen Parteien die Ideen des Neoliberalismus übernahmen und ihren alten sozialen, angeblich ideologischen, Ballast abwarfen. Für die sozialdemokratisch geprägten Parteien wirkte sich die Preisgabe ihres sozialen, ideologischen Markenkerns längerfristig nicht in Gewinnen, sondern in Wählerverlusten aus.

Dramatisch ist der Verfall z. B. in den Niederlanden, wo die kosmopolitisch gewendete Partij van de Arbeid (PvdA) 2017 nur noch 5,7 Prozent der Stimmen erhielt und in die politische Bedeutungslosigkeit abrutschte.

Ähnlich verheerende Entwicklungen mussten die sozialdemokratischen Parteien in Italien, Frankreich und auch in Österreich hinnehmen. Nicht ganz so schlimm geht es ihnen in den ehemaligen sozialdemokratischen Vorzeigeländern Skandinaviens.

Der starke Drang der sozialdemokratischen Parteien zur Mitte öffnete Teile des linken politischen Raums. Zunehmend siedelten sich dort links-ökologische oder linkssozialistische Parteien an. Dieser politische Raum ist heute für die sozialdemokratischen Parteien kaum mehr zurückerobern.

Auch bei den konservativen Volksparteien begann der Wählerverlust in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als diese Parteien noch 47 Prozent der Wähler gewinnen konnten. Er endete vorläufig im Jahr 2015 auf einem Durchschnittsniveau von unter 30 Prozent.

Der langsame Abschied der Mitte-rechts-Parteien aus dem rechtskonservativen politischen Raum hin zur die Mitte des Parteienspektrums führte zu einer Beschädigung des konservativen Markenkerns. Er öffnete einen nun verwaisten rechten Raum, in dem sich seit etwa zwei Jahrzehnten verstärkt rechtspopulistische Parteien etablieren.

Die von den Parteien nicht verschuldeten Ursachen des Wähler-, Mitglieder- und Vertrauensverlustes der Volksparteien dürften u. a. in der seit Mitte der 1970er Jahre beginnenden Individualisierung der Gesellschaft, dem Bildungsanstieg zu suchen sein, wie auch in der Erosion der sozialen Milieus. Das ging einher mit dem Mitgliederrückgang und dem Schwinden der Bedeutung, des Vertrauens in die und des Ansehens von Gewerkschaften auf der einen wie auch der Kirchen auf der anderen Seite.

Selbstverschuldet ist das Einlassen auf neoliberale Ideologien, mit dem die Volksparteien selber einen Paradigmenwechsel in ihrer Politik vorantrieben, mit dem sie ihre eigenen Erfolgsbedingungen untergruben. Vorgeblich unter dem Druck der Staatsverschuldung forderten nicht nur konservative Volksparteien mehr Markt und weniger Staat, dazu Deregulierung und „Eigenverantwortung“. Besonders unter den transferabhängigen Schichten führte dies zu Verunsicherung, Enttäuschung und Abwendung von der Politik. Diese marginalisierten Schichten, die ihre Interessen bei den konservativen Volksparteien am besten aufgehoben glaubten, sahen sich nun nicht mehr durch diese Volksparteien vertreten, was sich an-

fangs in sinkenden Wahlbeteiligungen ausdrückte. Seit den neunziger Jahren verstärkt sich die Tendenz, dass diese Schichten sich rechtspopulistischen Parteien zuwenden.

Im sozialdemokratischen Milieu entstand Ende der 1970er Jahre das Bedürfnis der gebildeteren Mittelschichten nach einer weniger wachstumsorientierten Ökonomie und einer ressourcenschonenden Ökologie. Die selbst verschuldete Vernachlässigung des ökologischen Milieus durch die Sozialdemokratie führte zur Gründung grüner Parteien. Die Sozialdemokratie musste den Alleinvertretungsanspruch als systemkonforme Partei im linken politischen Raum aufgeben. Diese Entwicklung und das Erstarren der Grünen Partei vollzog sich in vielen Ländern Westeuropas, aber in Deutschland in besonderem Maße.

Der größte Sündenfall der Sozialdemokratie war das nahezu komplette Einschwenken auf neoliberale Politik, in England unter Blair mit New Labour und in Deutschland unter Schröder mit der Agenda 2010 und den Hartz IV Gesetzen. Damit hatte sich die SPD nun endgültig von einer sozialen Politik für die Lohnabhängigen, die Arbeitslosen und die sog. kleinen Leute verabschiedet. Sie betrieb nun unverhohlen die Interessen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Quittung dafür ließ nicht lange auf sich warten.

In Deutschland führte das zur Abspaltung der WASG von der SPD, die sich dann mit der PDS zur Partei *Die Linke* zusammenschloss.

Auf der rechten Seite stärkte das den rechten Rand und führte schließlich zur Bildung der AfD und natürlich zu weiterem Wählerverlust.

Im Zuge der europäischen Flüchtlingskrise 2015 verloren die Volksparteien weiter an Zustimmung zu ihrer Politik. Dieses Mal waren es vor allem christlich-demokratische Volksparteien wie die CDU, die den politischen Raum zu ihrer Rechten räumten und damit den Rechtspopulisten in ganz Europa unfreiwillig Hilfestellung leisteten. In Fragen der europäischen Integration, von Minderheitenrechten, Multikulturalismus, Flüchtlingen und Immigration bewegten sich die konservativen und christlich-demokratischen Parteien zur kosmopolitischen Mitte und wa-

ren von den sozialdemokratischen Parteien in diesen Fragen kaum mehr zu unterscheiden. Sie lösten damit einen beachtlichen Teil ihres konservativen Markenkerns auf, was zu weiteren Wählerverlusten im konservativen Lager führte.

Die Integrationskraft der politischen Parteien, besonders der Volksparteien, hat deutlich nachgelassen. Das geschieht in einer Zeit, wo die Solidarität der Bürger in der Gesellschaft abnimmt, die Kriegsgefahr weltweit zunimmt und die Schere zwischen arm und reich immer weiter aufgeht.

### Aktuelle Einschätzungen

Die Hans-Böckler-Stiftung hatte im letzten Jahr eine repräsentativen Befragung „Was verbindet, was trennt die Deutschen?“ in Auftrag gegeben. Mit dieser Studie über Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft möchte die Stiftung einen Beitrag dazu leisten, die Debatte über die gesellschaftlichen Veränderungen und die Einstellung der Wähler zu erkunden.

Mit Blick auf die jüngsten Wahlergebnisse heißt es, „der Status von CDU und SPD als Volksparteien ist bedroht“ und „die SPD hat keine Hochburgen mehr.“ In der verunsicherten Mitte spielten linke Parteien keine Rolle mehr, und in dem Bevölkerungsteil, den die Forscher „abgehängtes Prekariat“ nennen, liegt unangefochten die AfD vorn.

In bester Soziologenmanier und einer ebensolchen Sprache haben die Forscher insgesamt neun verschiedene politische Typen unter den bundesdeutschen Wählern ausfindig gemacht und diesen drei Richtungen zugeordnet. Eine Richtung bestehe dabei aus dem „engagierten Bürgertum“, der „kritischen Bildungselite“ und den „konservativen Besitzstandswahrern“ mit insgesamt 43 Prozent der Wahlberechtigten. Daneben gebe es Gruppen wie die mit der „sozialen Marktwirtschaft“ Zufriedenen, die „verunsicherten Leistungsindividualisten“ sowie die „gesellschaftsfernen Einzelkämpfer“ mit zusammen 32 Prozent der Wählerschaft. Eine dritte Richtung setze sich zusammen aus der „desillusionierten Arbeitnehmermitte“, den „missachteten Leistungsträgern“ und dem „abgehängten

Prekariat“ mit insgesamt 25 Prozent Wähleranteil.

Trotz der guten Wirtschaftslage haben unter den bundesdeutschen Wählern „Gefühle von Ohnmacht, Frustration und Enttäuschung insgesamt zugenommen“, stellen die Autoren der aktuellen Studie fest. Danach sind knapp 60 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in der Bundesrepublik besonders von der Politik verunsichert und enttäuscht. Hier haben die Volksparteien stark an Zuspruch verloren.

Die verunsicherten und enttäuschten Gruppen unter den Wählern seien vor allem in der Mittelschicht und den unteren Schichten zu finden. Sie hätten ein Gefühl von „Kontrollverlust“, bedingt durch „wahrgenommene Fehlentwicklungen in Arbeitswelt und Lebensumfeld“ und durch den gewachsenen Anteil atypischer Beschäftigung. Hinzu kämen die Bedrohung von Qualifikationen durch Digitalisierung, stark steigende Mieten oder die erhöhte Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen.

Obwohl sich die ökonomischen Rahmenbedingungen seit 2006 deutlich verbessert haben, ist die Sicht der Bevölkerung auf ihre persönlichen Lebensumstände und ihr gesellschaftliches Umfeld negativer geworden. Globalisierung, Digitalisierung und die Migrationsbewegungen lösten erhebliche Ängste aus, die Kontrolle über das eigene Leben und die eigene Zukunft zu verlieren. „Insgesamt ergibt sich heute – teils quer zum sozialen Status – eine Dreiteilung der Gesellschaft in zufriedene, verunsicherte und enttäuschte Gruppen.“

### Die Gruppe der mit der „sozialen Marktwirtschaft“ Zufriedenen

Drei politische Typen, von denen zwei gemessen an Selbsteinschätzung und Bildungsstatus zur Ober- und einer zur Mittelschicht zählen, sind mit ihrer persönlichen Situation und der gesellschaftlichen Lage überwiegend zufrieden. Dieses Cluster, zu dem 43 Prozent der Wahlberechtigten zählen, ist vergleichsweise „libertär“ eingestellt. Es besteht einerseits „aus Kosmopoliten, die Chancen der Globalisierung und Vorteile der neuen Technologien für sich nutzbar machen können, andererseits aus Teilen der älteren Generation, die die

sozialen Leistungsversprechen eingelöst sehen, in bescheidenem Wohlstand leben und wenig Sorgen vor einer Verschlechterung ihrer Lage haben.“

### Die Gruppe der Verunsicherten

Das Cluster der Verunsicherten umfasst ebenfalls drei Typen, einen aus der Ober-, zwei aus der Mittelschicht. Es macht 32 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung aus. Den Forschern zufolge sehen sie „das ihnen wichtige gesellschaftliche Leistungsversprechen durch Globalisierung, neue Technologien und den Anstieg der Zuwanderung in Frage gestellt. Sie plädieren insgesamt für eine härtere und kompetitivere Gesellschaft“.

### Die Gruppe der Enttäuschten

Die drei Typen im Cluster der Enttäuschten stellen 25 Prozent der Wahlberechtigten. Einer gehört zur Mittel- und zwei zur Unterschicht. Die Menschen in dieser Gruppe „bemängeln sowohl ihr eigenes Schicksal als auch den Zustand der Gesellschaft insgesamt – sozial wie politisch“, schreiben die Experten. „Ungerechtigkeitsgefühle und die Wahrnehmung, politisch kein Gehör zu finden, sind hier sehr stark ausgeprägt.“

Den größten Zuspruch – zusammen genommen über 60 Prozent – finden Union und SPD in zwei der drei „zufriedenen“ Milieus. Das dritte, die „kritische Bildungselite“, wählt neben SPD vor allem Linkspartei und Grüne. Insgesamt ist der Stimmenanteil der AfD im „zufriedenen“ Cluster deutlich unterdurchschnittlich. In den „verunsicherten“ und „enttäuschten“ Gruppen kommen die Volksparteien dagegen in der Regel auf maximal 50 Prozent, der AfD-Anteil liegt meist deutlich über dem Durchschnitt des Bundestagswahlergebnisses. Im „abgehängten Prekariat“, das zu den Enttäuschten zählt, gingen sogar 39 Prozent der Stimmen an die AfD. Union und SPD kamen zusammen auf 41 Prozent.

Die gewachsene Distanz zwischen Volksparteien und großen Teilen der Wählerschaft beruhe auf Gegenseitigkeit, analysierten die Autoren. Die Union ist sozioökonomisch wie kulturell an die SPD herangerückt.

Die Parteiführungen von SPD und CDU verstehen und bedienen primär zufriedene politische Typen im libertären politischen Spektrum. Verunsicherte Gruppen werden vernachlässigt. Einen Beitrag zu einer Wiederannäherung könnte eine Politik leisten, die für mehr Stabilität in der Arbeitswelt sorgt.

Darauf weist etwa ein Befund aus einer Vorläuferstudie hin: Für eine Teilgruppe beobachteten die Forscher, dass Personen in einem festen beziehungsweise tarifvertraglich geregelten Arbeitsverhältnis signifikant weniger zu Rechtspopulisten tendierten als Beschäftigte mit atypischen oder tariflosen Jobs.

### Parteien bezahlen für soziale Entwicklung

Diese Stimmungen schlagen sich in den Stimmen für die Parteien nieder. Die Zufriedenen würden eher für Union und SPD sein, während die „kritische Bildungselite“ sich auch für Grüne und Linkspartei entscheidet. Bei den Verunsicherten und Enttäuschten kommen die sogenannten Volksparteien auf höchstens 50 Prozent. Die AfD habe unter ihnen Zustimmungswerte „meist deutlich über dem Durchschnitt des Bundestagsergebnisses“. Im „abgehängten Prekariat“ seien sogar 39 Prozent der Stimmen an die AfD gegangen.

Das trifft sich mit ähnlichen Ergebnissen früherer Untersuchungen über die Stimmungen unter den Wählern. In der aktuellen Studie wird auf die Rahmenbedingungen hingewiesen. So haben sich der Aufschwung und die wirtschaftlichen Gewinne der letzten zehn Jahre „nicht gleichmäßig in alle Bevölkerungsteile“ verteilt übersetzt, sprich: nur wenige haben davon profitiert.

Die Macher der Studie kommen zu dem Schluss, dass die Befunde der Studie zeigen, welche gewaltigen Anstrengungen auf die CDU/CSU und SPD zukommen würden, wollten sie das Vertrauen der mehrheitlich Verunsicherten und Enttäuschten in der Mitte und am unteren Ende der Gesellschaft zurückgewinnen. Dabei blenden sie aus, dass die Parteien das Dilemma nicht lösen können. Ihre sozialen Versprechen erweisen sich oft als Betrug an den Wählern, was kein Wunder ist,

sind sie doch die Interessenvertretung der Reichen und Mächtigen.

### Die materielle Lage ist's ...

Noch deutlicher sind die Ergebnisse einer internationalen Forschergruppe um den französischen Ökonomen Thomas Piketty, die sie in ihrem „Weltreport über Ungleichheit“ dargestellt haben (das Datenmaterial steht auf der Website *wid.world* zur Verfügung)

Demnach ist die soziale Kluft in Deutschland wieder genauso groß wie kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Im Bericht wird belegt, dass die materielle Ungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten weltweit rasant zugenommen hat.

Wobei nach Piketty in der Bundesrepublik und den anderen europäischen Ländern noch vergleichsweise harmlose Zustände herrschen.

Weitaus extremer gestalten sich Piketty und Co. zufolge die Verhältnisse in den autoritär regierten Staaten China und Russland – sowie in den USA. In den Vereinigten Staaten verdoppelte das reichste eine Prozent seit 1980 seinen Anteil am nationalen Gesamteinkommen von zwanzig auf vierzig Prozent. Und in den kommenden Jahren wird sich die Entwicklung dort noch weiter zuspitzen, begünstigt von der Steuerreform, die Präsident Donald Trump jüngst auf den Weg gebracht hat. Sie stellt ein gewaltiges Umverteilungsprojekt von unten nach oben dar.

Das deckt sich auch mit dem diesjährigen Bericht von Oxfam zum Auftakt des Weltwirtschaftsforum in Davos mit dem Titel „Reward Work, not Wealth“ (Belohnt Arbeit, nicht Reichtum). Danach geht die Schere immer weiter auseinander. Die Zahl der Milliardäre ist auf 2043 angewachsen, jeden Tag habe es einen Milliardär mehr gegeben. 9 von 10 Milliardären sind Männer. Mit 762 Milliarden US-Dollar gingen 82 Prozent des weltweiten Vermögenswachstums 2017 ans reichste Prozent der Bevölkerung.

Dazu kommt, dass seit den Achtzigerjahren öffentliche Vermögen in fast allen Ländern durch Privatisierungen in Privatvermögen umgewandelt wurden. Inzwischen liegt das öffentliche Vermögen in den reichen Ländern nahe null oder gar im negativen Bereich. Dadurch verringert sich der

Spielraum der Regierungen, der Ungleichheit entgegenzuwirken; wenn sie denn überhaupt wollten.

### Die Gewalt des besseren Arguments

Von der wachsenden Ungleichheit und der demokratischen Repräsentationskrise profitieren nicht in erster Linie linke, sondern vor allem autoritäre Bewegungen. Das zeigt auf, dass es der Rechten gelungen ist, mit einer Gegenwartsbeschreibung Gehör zu finden, die die sozialen Widersprüche ausblendet: Die Front verläuft demnach nicht zwischen oben und unten, bzw. arm und reich, sondern zwischen „drinnen“ und „draußen“, also zwischen der eigenen, nationalen Gemeinschaft und dem Fremden.

In der fortwährenden Debatte über Nationalismus und Rechtspopulismus werden deren materielle Ursachen kaum thematisiert. Betrachtet man etwa die medialen Diskussionen der vergangenen Monate, so lag deren Schwerpunkt vielmehr auf der Frage, wie genau denn nun mit den auf einmal allerorten präsenten Rechten geredet werden müsse.

Dahinter steht die Annahme, dass den Populistinnen und Populisten der Wind aus den Segeln genommen werden könne, indem man sie nicht moralisch ausgrenze und dadurch zu politischen Underdogs adle. Stattdessen müsse man die offene Auseinandersetzung mit ihnen suchen. Am Ende, so das Kalkül, werde sich die sanfte Gewalt des besseren Arguments durchsetzen und dem reaktionären Spuk ein Ende bereiten.

Reaktionäre Bewegungen fußen aber nicht einfach auf Denkfehlern. Dass es den Autoritären nämlich gelingt, eine Gesellschaft zu polarisieren, hat vielmehr den einfachen Grund, dass diese tatsächlich sozialen Sprengstoff birgt. „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, schrieb Max Horkheimer Ende der dreißiger Jahre. Der Satz hat seine Gültigkeit bis heute nicht verloren. (vgl. *WoZ* 21.12.17)

Aus diesem Grund besteht ein beinahe schon pathologischer Widerwille, diesen Zusammenhang zur Sprache zu bringen. Und genau das verschiebt das politische Koordinatensystem insgesamt nach rechts.

# Sammeln – bewegen – siegen?

## Politische Sammlungsbewegungen als Reaktion auf die Krise der Volksparteien



Der vorhergehende Beitrag zeigte die Gründe dafür auf, dass die Wahlzustimmung zur Politik der Volksparteien seit dem Ende der Nachkriegskonjunktur zuerst allmählich, seit dem Ende der Schröder-Regierung beschleunigt sinkt. Diese Krise der Repräsentanz politischer Einstellungen eröffnet aber, anders als von manchen Politikplanern im letzten Jahrzehnt gedacht, nicht die Chance auf eine wie auch immer irgendwie links verortete strategische Mehrheit. Die *ZEIT online* nennt die Zahlen, wonach das rechnerische Gesamtergebnis für SPD, Grüne und PDS im Jahr 1998 noch bei 52,7 % lag, diese Parteien einschließlich der LINKEN als Nachfolgerin der PDS 2009 fast 7 % einbüßten, um schließlich 2017 bei 38,6 % einzukommen.

Von 28 Millionen Wählern blieben 18 Millionen übrig – ein Desaster für alle Schmiedemeister und –meisterinnen einer „linken Regierung“.

Gerade die LINKE ist herausgefordert, aus dieser strategischen Sackgasse Auswege zu finden. Und sie ist ja in Europa mit diesem Dilemma nicht allein. Ihre traditionelle politische Ausrichtung wie ihr Auftreten in der Öffentlichkeit reichen

– und „garantieren“ – für plus minus 10 % bei Bundestagswahlen. In westeuropäischen Ländern mit der Tradition unterschiedlicher linker Massenparteien zeigt sich schon seit Jahrzehnten die Krise. Parallel stolperten Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten in die Randlagen der Wählerwahrnehmung.

Sammlungsbewegungen scheinen sowohl Ausweg aus dem eigenen Bedeutungsverlust als auch Rückgewinnung von Handlungsmöglichkeiten. Mélenchon mit seiner *France insoumise* erreichte mehr als einen Achtungserfolg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen und Pablo Iglesias kam 2016, zwei Jahre nach Gründung, mit *Podemos* bei den spanischen Parlamentswahlen als drittstärkste Kraft auf gut 21 %, dazu sind in der Bewegung ca. 500 000 Mitglieder – mehr oder weniger – aktiv. Mit einer noch höheren Mitgliederzahl kann Jeremy Corbyn aufwarten, nach den lähmenden New Labour-Jahren ging ein sammlungsähnlicher Ruck durch die altehrwürdigen Parteiglieder(ungen). Selbst in den USA wurde die demokratische Parteihierarchie von den großen Vorwählerfolgen des eigentlich unabhängigen Senators von Vermont,

Bernie Sanders, gegen die Kandidatin des Establishments, Hillary Clinton, zutiefst erschreckt. Und das mit Themen und Lösungsansätzen, die eine Reihe US-amerikanischer Denkverbote unter dem Applaus seiner Unterstützer beiseite räumte.

Sammlungsbewegungen sind Ausfluss der Krise parlamentarischer Politikausübung und gleichzeitig deren Lösungsversuch, was die Legitimation von politischer Vertretung angeht. Und damit spitzen Sammlungsbewegungen die Krise der traditionellen Repräsentationspolitik weiter zu. Mit der Schwächung der alten Bindungen und politischen Sicherheiten kann auch neuer Raum für unvoreingenommenes Denken entstehen und, wählerarithmetisch gesprochen, das Ghetto der 10 %-Unterstützung der LINKEN geöffnet werden. Wie weit, das hängt neben einigem anderen, auch von den Konzepten derjenigen ab, die diesen Prozess anstoßen. So bekam die LINKE zum Jahreswechsel 2017/18 eine Debatte über ihre Ausrichtung als Partei, als Sammlungsbewegung oder gar als linke Volkspartei geschenkt, die wenig Substanz und viel Polemik freisetzte und die, das bleibt festzuhalten, die Politik und

die Auseinandersetzung darüber weiter personalisierte. Lafontaine/Wagenknecht stehen, wenn man den Veröffentlichungen der großen Mediengruppen traut, für die Idee einer linken Sammlungsbewegung, während Kipping als Antipode dazu auf eine Ausrichtung setze, die tendenziell eine urbane, intellektuelle Milieulinke umwerben soll. Ziel dabei seien 15 %.

Es gilt kritisch zu verfolgen, ob neue Anknüpfungspunkte bei bisher Parteifernen möglich sind und mit welcher inhaltlichen Ausrichtung dies geschieht. In wiefern kann ein neues Konzept mehr sein als eine Modeerscheinung?

Die gegenwärtigen internationalen Erfolge von Sammlungsbewegungen machen Eindruck, zumal in Deutschland die politische Rechte große Schritte auf den Bewegungsansatz hin macht. Die AfD gibt vor allem der CSU, die im Wahlkampf in direkter Konkurrenz um dieselben Wählerstimmen steht, die Themen vor. Und die CSU reagiert so nahe ihrer Konkurrentin, wie es ihr als Partei, die im demokratischen Konsens eingebunden ist, überhaupt möglich ist. Selbst die FDP ist als Ein-Gesicht-Partei wiedererstanden, erstarkt mit Themen, die über die Kerninteressen ihrer Ur-Klientel hinausreichen: die Betonung nationaler Belange und Interessen und die allgegenwärtige „Modernisierung“ als öffentliche Aufgabe. Nur Neo-Liberalismus allein ist zu wenig geworden.

Der LINKEN gibt das Bundestagswahlresultat 2017 neue Aufga-

ben mit auf den Weg. Der leichte Zuwachs der Wählerstimmen auf 9,2 % hat recht ambivalente Ursachen. In den östlichen „Stammländern“ büßte sie zwischen 3,7 % und 6,6 % ein, während sie im Westen, und dort vor allem in den Großstädten, mehr als ausgleichende Zugewinne einfuhr. Die Konsequenz war eine Debatte über den (vermuteten) Wandel der Wählerschaft.

### Raus aus der ostdeutschen Fläche, rein in die westdeutschen Zentren?

Die Wählerwanderung ist erst in Ansätzen mit Zahlen, dafür aber mit umso spitzeren Thesen unterlegt: die LINKE ist in die Zange geraten zwischen (gewesener) Volkspartei im Osten und (alternativer) Protestpartei im Westen.

Wenn die Resultate längerfristige Tendenzen ankündigen, wird dies zu erheblichen Korrekturen linker Strategien und Selbstdarstellung führen. Kann die Partei dann noch bewahrende Kümmererpartei im Osten sein, die pragmatische Lösungen vor Ort anstrebt und deren Perspektive darin liegt, Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten zu reparieren? Dies ist ohne Häme oder Schadenfreude gefragt, schließlich ist ihre Wählerschaft nicht auf Rosen gebettet. Sie ist weniger „wettbewerbsfähig“ als der bundesdeutsche Durchschnitt, sie bekommt die Verknappung öffentlicher Mittel schneller und einschneidender zu spüren.

Deshalb denkt und handelt sie eher regional als europäisch oder global. Und sie erlebt die Zuwanderung als Konkurrenz auf einem Markt knapper Güter. Da geht der Hinweis, im Osten gebe es fast keine Migranten, ins Leere. Den Zusammenhang zwischen sozialen Transferleistungen und Leistungen für die Flüchtlingshilfe haben nicht die Wähler der LINKEN erfunden, der ist Entscheidung aller deutschen Regierungen bisher. Der Wehretat, die Etats für Überwachung und Repression oder die Steuer-„erleichterungen“ für Reiche und Unternehmen standen noch nie zur Disposition, wenn es um die Kosten der Flüchtlingshilfe ging. Die traditionellen LINKEN-Wähler wollen konkrete Hilfen, Unterstützung und den persönlichen Einsatz ihrer Politiker für ihre Anliegen.

Und jetzt bekommt die LINKE im Westen Zuspruch von politisierten Menschen, die – überdurchschnittlich – gut gebildet und ausgebildet, weniger arbeitslos sind, dafür in tariflich oder besser bezahlten Stellen arbeiten. Kurz, diese Klientel erwartet in geringerem Maße die konkrete Hilfestellung bei Problemen vom LINKEN-Politiker vor Ort, man erwartet eher die klare Kante der Partei in ihrer Politik und in ihren Stellungnahmen. Hilfe und Unterstützung dort, wo man eh schon in Projekten und Initiativen aktiv ist. Das Themenspektrum ist umfassend international so wie häufig die eigene Arbeit oder das Studium und die eigenen Netzwerke. Aus diesem Blickwinkel und in dieser materiellen Lage berührt Migration, auch die Arbeitsmigration das Sozialempfinden und den Solidaritätsgedanken. Wenn die Haltung zur Zuwanderung keine Sache der eigenen Überzeugung ist, dann ist sie eine Sache der Moral. Da reagiert man sehr empfindlich auf eventuelle Relativierungen und Begrenzungen, und da muss auch die Partei, die man unterstützt, sich eindeutig und klar positionieren. Von den Rechten angewidert zu sein und ein Zeichen dagegen zu setzen, genügt, mittelfristig, nicht, LINKE zu wählen. Die Partei muss auch glaubwürdig anders sein als die ununterscheidbaren (kleiner werdenden) Großparteien.

Um in diesem Spagat der Erwartungen zu bestehen, ohne eine aus-

Anzeige

August Thalheimer

### Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

drückliche Entscheidung für eine Seite zu treffen und die andere damit zu verprellen, gewinnt das Konzept einer Sammlungsbewegung seine Attraktivität. Die Befürworter versprechen sich ein Bündel an Vorzügen einer neuen und zeitgemäßen Art des politischen Engagements. Eine junge Neuorganisation signalisiert flache Hierarchien, Programme treten in ihrer Bedeutung hinter die Aktionsfähigkeit zurück. Wenn sich die Bewegung auf wenige, dafür sehr allgemein gehaltene Ziele, z. B. die Organisierung gegen die Rechtsentwicklung oder die wachsende Ungleichheit in Deutschland, konzentriert, sei eine höhere Durchschlagskraft der Aktionen möglich. Punktuelle Eingriffe und Mobilisierungen erlauben Erfolge, gerade wenn die Sonne medialen Interesses darauf scheint. Schneller und flexibler könne reagiert werden, weil kein (Partei-) Apparat mitgenommen werden muss. Die Aktiven und Sympathisanten wiederum sind in den Bewegungen weniger zur Identifikation mit einem bestimmten Weltbild als in einer Partei aufgefordert, die Bandbreite der Einstellungen ist größer, ohne das Bündnis (vorerst) zu gefährden. Dafür ist der Druck, sich koalitionsfähig, wenn nicht regierungsfähig zu machen, zumindest eine bestimmte Zeit lang geringer. Ein anhaltender Erfolg aber wird gerade diese Diskussion erzeugen, um die Mobilisierungswirkung aufrecht zu erhalten. Und schließlich sind Sammlungsbewegungen auf Führungspersonen ausgerichtet, an deren politischen Wegen und Zielen die Bewegungen selbst hängen.

Solche Leitfiguren füllen die Lücken fehlender kongruenter Anschauungen und Einstellungen. Sie täuschen darüber hinweg, dass die Mitglieder unterschiedliche, wenn nicht gar gegensätzliche Zielvorstellungen für das eigene politische Handeln verfolgen. Deshalb werden Bewegungen beständig den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen, Aktionen werden zum Maßstab für den Erfolg und damit zum Ziel für das persönliche Engagement. Bekanntheit in und Aufmerksamkeit von den Medien sind wesentliche Parameter dafür. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Tun, des-

sen Begleitung und Korrektur durch Analyse und Diskussion verliert an Gewicht, zumal die Vorgaben für die erwünschte Mitwirkung allgemein und niederschwellig bleiben müssen.

Dort, wo politisch-gesellschaftliche Krisen tiefer gehen und sich die Spaltungen dauerhaft verfestigt haben, ist der Rückweg in die Parteidemokratie verbaut. Deshalb nehmen die Sammlungsbewegungen eine wichtige systemische Ergänzungsfunktion ein. Neben Erfolgen wird es auch Krisen und Zusammenbrüche der Bewegungen geben. Enttäuschungen und Resignation werden folgen, aber neue Konstellationen werden neue Ansätze und „Lösungen“ versprechen.

Noch sind die Träger repräsentativer Demokratie und des zugehörigen Politikverständnisses nicht am Ende, aber die Grenzen zu Willkür und Manipulation sind erfahrbar tiefer gelegt worden. Und das Gesamtsystem wird anfälliger für „starke Lösungen“. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind das für uns bewusste Sozialisten und Kommunisten erschreckende Aussichten.

Anzeige

## August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Bestelladresse:  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-  
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 199 Frühjahr 2017, 32 S.

- Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie
- Schwierige Regierungsbildung
- Zur Regierungsbildung im Bund
- Demokratie: Dekor, Transformation und Hoffnung
- SPD und GroKo – nein – vielleicht – ja
- Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft – aber doch nicht im Ernst?!
- Zur Lage der Gruppe
- Macrons Großmachtplan
- Tschechische Linke: Was nun?
- Sozialismus der Steppe
- Zu den Wahlen in Chile

### Nr. 198 Winter 2017/2018, 40 S.

- Das bedingungslose Grundeinkommen
- Unsere Jahreskonferenz
- Die Bundestagswahlen 2017
- Von der Räterevolution zum antifaschistischen Widerstand
- Nordkorea und die Atombombe
- Österreich nach der Wahl: neoliberaler Rechtsradikalismus
- Zu Ernesto Che Guevaras Tod vor 50 Jahren

### Nr. 197 Herbst 2017, 32 S.

- Zur Bundestagswahl
- Die AfD vor der Bundestagswahl
- Protest und Widerstand gegen G20-Gipfel
- Das Kreuz mit der Tarifeinheit
- Geist der Wehrmacht
- Soziale Bauernrevolution
- Die Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich

### Nr. 196 Sommer 2017, 36 S.

- Nachbetrachtung zur NRW-Wahl
- Oktoberrevolution und Sowjetunion
- Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Lateinamerika
- Staat, Nation – Lenins Erbe bewahren und fortführen
- Der Traum der Revolution
- Nachruf auf Theodor Bergmann

### Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

## Arbeiterstimme

[www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

# Wie kann die AfD bekämpft werden?

## Ein Beispiel aus der Provinz

„Wir werden die Macht bekommen und dann werden wir das durchsetzen, was notwendig ist (...)“

Diese Drohung von Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, sollte angesichts der Erfahrungen mit deutscher Geschichte sehr ernst genommen werden. Der Höcke-Flügel ist inzwischen in der Führung der Rechtsaußen Partei so stark verankert, dass ihn auch ein Parteiausschlussverfahren gegen Höcke kaum noch beeindrucken kann. Einer der rührigsten Propagandisten des Höcke-Flügels ist Hans-Jörg Müller, MdB aus dem Wahlkreis Traunstein (Oberbayern), Gründer des *AfD-Mittelstandsforum e.V.* und mittlerweile einer der Geschäftsführer der Bundestagsfraktion. Dass gerade dieser Müller für die erste öffentliche Veranstaltung am 2. Mai 2018 in der 60 km östlich von München gelegenen Kleinstadt Dorfen (14000 Einwohner) ausgewählt worden war, konnte kein Zufall sein, eher eine geplante Provokation.

### Dorfen ein rotes Tuch

Dorfen ist für die extreme Rechte ein rotes Tuch. Das hat historische Gründe. Im April 1919 schloss sich Dorfen der Bayerischen Räterepublik an. In der Weimarer Republik gab es hier eine aktive Ortsgruppe der KPD, die der örtlichen NSDAP das Leben schwer machte und u. a. zusammen mit der Bayerischen Volkspartei (BVP) noch 1932 eine Veranstaltung im *Gasthaus Jakobmayer* umfunktionierte. Außerdem versenkte man in einer Nacht- und Nebelaktion eine Hakenkreuzfahne in der Isen. Nach der Machtübergabe sperrte man aktive Antifaschisten zur Abschreckung ins örtliche Gefängnis. Nicht wenige Dorfener machten leidvolle Erfahrungen mit dem KZ Dachau. Aber es

gelang den Nazis letztlich nicht, den Widerstand zu brechen. Der Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe, Andreas Ostermeier, konnte durch seine berufliche Tätigkeit als Hausierer die Verbindungen aufrecht erhalten<sup>(\*)</sup>. Bei der Entnazifizierung spielten er und die überlebenden Dorfener Antifaschist\*innen eine wichtige Rolle. Die bleiern Jahre der Adenauerzeit hinterließen auch in Dorfen ihre Spuren. Erst die Studierenden- und Schüler\*innenbewegung der späten 60er Jahre brachten neue Bewegung in die dröge Behäbigkeit des 1954 zur Stadt erhobenen Marktes. Ein autonomes Jugendzentrum entstand und sorgte immer wieder für Schlagzeilen. In den 90er Jahren versuchte die CSU-Abspaltung des früheren SS-Mannes Franz Schönhuber („*Ich war dabei*“) in Dorfen durch vielfältige Aktivitäten Strukturen zu entwickeln. Nach zum Teil heftigen Scharmützeln mit antifaschistischen Kräften in Dorfen und Umgebung gaben die sog. *Republikaner (Reps)* entnervt auf. Einige der damaligen Rep-Aktivist\*innen segeln heute munter unter der Flagge der AfD. Nach einem Brandanschlag durch eine Gruppe jugendlicher Neonazis im Jahr 2000 auf das Gemeindehaus, bei dem es nur durch einen glücklichen Umstand nicht zu Todesopfern gekommen war, spitzte sich die Auseinandersetzung erneut zu. Die Existenz eines autonomen Jugendzentrums war für die Nazis wie auch für Teile des Bürgertums nicht hinnehmbar. Monatliche Demos ließen eine Zermürbungstaktik erkennen. Die bürgerlichen Parteien wollten die Naziaufmärsche ignorieren. Die örtliche Linke, die Arbeitsgemeinschaft International, organisierte ein *Bündnis gegen Nazis* und rief dazu auf, den Nazis die Straße nicht zu überlassen. Dieses Konzept setzte sich durch. Die bürgerlichen Kräfte organisierten sich in einem eigenen *Bündnis Dorfen ist Bunt*. Heute existieren Formen der Zusammenarbeit, die damals nicht vorstellbar gewesen wären. Die Nazis mussten klein beigeben, das Jugendzentrum gibt es

weiterhin als autonomes. Heute ist es die AfD, die sich auch in Dorfen festsetzen will, hat sie doch bei der Bundestagswahl ähnlich wie anderswo gut abgeschnitten.

### Mit der CSU gegen die AfD, geht das?

Im Vorfeld der ersten AfD-Veranstaltung initiierte ein Stadtrat der SPD eine eigene Veranstaltung, die u. a. alle örtlichen Parteien unterstützten, und bei der der CSU-Bürgermeister ein Grußwort sprechen sollte. Wegen der Teilnahme der CSU kam für die linken Gruppen (AG International und Forum Links) eine Teilnahme als Mitveranstalter nicht in Frage. Viele AfD Funktionäre kommen aus den Reihen der christsozialen Parteien. Es gibt nicht unerhebliche inhaltliche Überschneidungen zwischen CSU und AfD. Das zu ignorieren, wäre fatal. Die Nichtteilnahme der Linken als Unterstützer sollte aber den Müller später nicht daran hindern, zu behaupten, die CSU mache „*mit der extremen Linken gemeinsame Sache*“. Fürwahr eine absurde Behauptung. Einer der beiden Referenten war Thies Marsen vom *Bayerischen Rundfunk*. Seine Äußerungen wurden während des Referats von den etwa 20 anwesenden AfD-Funktionären und Sympathisanten (von insgesamt 100 Teilnehmer\*innen) mit lautstarken Unmutsäußerungen begleitet. Der zweite Referent war Schorsch Wiesmaier, ehemaliger Landesvorsitzender der GEW und Mitinitiator der Dorfener Geschichtswerkstatt. Anhand einer umfangreichen Sammlung von Äußerungen Müllers belegte er anschaulich dessen „*bizarre Wahnvorstellungen*“. So behauptete der MdB, es gebe einen gesteuerten „*Bevölkerungsaustausch*“, man würde „*das eigene Volk abschaffen und durch Eindringliche ersetzen*“. Dazu würde Müller mit Zahlen hantieren, die man nur als „*platte Lügen*“ bezeichnen könne. Der Verlauf dieser

Veranstaltung, die anschließenden Presseberichte und AfD-Äußerungen dazu auf Facebook deuteten schon im Vorfeld der AfD-Veranstaltung am 2. Mai darauf hin, dass der Abend stressig werden könnte.

### Dorfens erste AfD-Veranstaltung mit Überraschungen

Schon während des Nachmittags



Eine Besetzung der besonderen Art

sammelte sich immer mehr Polizei vor dem Gasthaus am Markt, dem Versammlungslokal. Als dann etwa eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn immer mehr Gäste eintrafen, mussten die anwesenden Ordner bald mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Gaststube, die etwa 75 Sitzplätze an den Tischen umfasst, mit Leuten füllte, die kaum als AfD nah einzuordnen waren.

Versuche, einen Teil davon mit Hilfe der Polizeikräfte am Zutritt zu hindern, misslangen, da der Wirt sein Hausrecht nicht an die Veranstalter abgeben wollte. Dazu war schon vorher mit ihm ein Gespräch geführt worden. Der anwesende Journalist der *Süddeutschen Zeitung* beschrieb die Situation wie folgt: „Die Dorfener Bürgerschaft hat der AfD mit einer beeindruckenden Demonstration zu verstehen gegeben, dass ihre Ideologie in der Stadt nicht erwünscht ist. In einem strategischen Schachzug haben zahlreiche Dorfener frühzeitig die Plätze im Veranstaltungsort besetzt,

wodurch für Anhänger der AfD zu Veranstaltungsbeginn kaum noch Stühle frei waren. Ohne groß zu pöbeln oder die Veranstaltung zu stören, zückten sie mitgebrachte rote Karten, wenn die Redner mit ihren Parolen den Unmut der Dorfener erweckten.“ Und weiter hieß es: „75 bis 80 Prozent der Plätze waren von Einheimischen besetzt, die nichts mit der AfD am Hut hatten. Sie orderten Schnitzel und Getränke, packten die Schafkopfkarten aus und machten es sich

gemütlich. Unter den Tischen wanderten die roten Karten hin und her, bis jeder eine in der Tasche hatte. Vom 20- bis 70-Jährigen, repräsentierten sie einen Querschnitt der Dorfener Bevölkerung, darunter auch Stadträte.“ Die Reden der beiden Kandidaten für die anstehenden Wahlen zum Bezirkstag und Landtag boten noch wenig Anlass für den Einsatz der roten Karten. Umso mehr aber dann das Gegeifere des Hauptredners, der sich fast gänzlich auf das Referat von Schorsch Wiesmaier bezog und ihn als Vertreter der Dorfener „Geschichtsfälscherwerkstatt“ bezeichnete. Dies, obwohl er die von Wiesmaier erwähnten Zitate nicht infrage stellen, sondern nur als „aus dem Zusammenhang gerissen“ sehen wollte. Müllers Referat, inhaltlich kaum der Rede wert, doch vom Duktus her durchaus geeignet, den „rote Karten zückenden Gutmenschen“ (Müller) eine Ahnung zu vermitteln, wozu diese Politiker der äußersten Rechten fähig sein könnten, wenn sie erst einmal an der Macht sind.

### AfD gegen Pressefreiheit

Der Artikel der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) über die Veranstaltung in Dorfen erregte bundesweit Aufmerksamkeit. Aus AfD-Kreisen wurde mit Empörung reagiert. Der Kreisvorsitzende erteilte der SZ mit „demokratischen Grüßen“ ein Hausverbot der schärfsten Art: „Dieses Hausverbot impliziert selbstverständlich ein Fotografierverbot. Sollten Sie sich an dieses Hausverbot nicht halten werden wir juristische Schritte gegen Sie einleiten. Wir werden auf kommunaler Ebene nicht zulassen, dass Ihre praktizierte hetzerische Denunzierung und Diffamierung weitere Blüten trägt. Auch möchte ich Sie daran erinnern, dass Sie weder mich noch irgendwelche Funktionäre der AfD im Landkreis Erding zu befragen haben. Wir stehen Ihnen für keinerlei Anfragen und Interviews zur Verfügung. Dies gilt insbesondere auch für Kommentare nach Wahlen. Ganz sicher wird die AfD in Ihrem Hetzblatt keine Anzeigen zur Landtagswahl schalten.“ (W. Kellermann). Der *Erdinger/Dorfener Anzeiger*, die Lokalausgabe des *Münchner Merkurs*, nannte den Vorgang „unerträglich und nicht zu akzeptieren“ und solidarisierte sich mit den Kollegen der SZ: „Wir beziehen das Verbot auch auf uns“, man werde deshalb keine Veranstaltungen der AfD mehr besuchen und über sie berichten. Der *Bayrische Journalistenverband* begrüßte diese Ankündigung und hofft, dass die Aktion Nachahmer finde. Somit hatte sich der Kreisvorsitzende der AfD mit seiner vollmundigen Ankündigung einen Schuss ins eigene Knie verpasst. Ob die Solidarisierung des *Merkur* auch so weit geht, dass die AfD bei der geplanten Podiumsdiskussion des *Erdinger Anzeigers* zur Landtagswahl nicht eingeladen wird, bleibt abzuwarten. Als dann noch das Erdinger Landratsamt die Rechtslage erläuterte, und im Falle einer tatsächlichen Aussperrung ein Ordnungsgeld von bis zu 3.000 € in Aussicht stellte, musste Herr Kellermann ganz schnell und weit zurückrudern. Das liest sich dann so: „Selbstverständlich betrifft das Verbot nicht die Fälle, in denen sich ein Pressevertreter bei öffentlichen Veranstaltungen ordnungsgemäß akkreditiert. Ich dachte, das nicht eigens betonen zu müssen.“ Dass der Widerstand des demokratischen Spektrums in Dorfen auch weiterhin

aufrecht erhalten bleibt, zeigte sich, als wenige Wochen später die AfD-Truppe mit einem Infostand Präsenz zeigen wollte.

Zwar mit einem Dutzend Leuten angerückt, waren die mit einem blauen Anti-Islam T-Shirt ausgestaffierten Rechten schnell von etwa 70

Einheimischen eingekreist. Diese hatten vorher vereinbart, sich z. B. durch rote T-Shirts oder andere rote Gegenstände kenntlich zu machen und damit an die rote Karten Aktion anzuknüpfen. Die Farbe Blau der AfD hatte keine Chance, sich gegen das Rot der übergroßen Mehrheit durchzusetzen. Die Dorfbewohner\*innen haben sich vorgenommen, jede Aktion der AfD in Dörfern mit einer jeweils angemessenen kreativen Aktion zu beantworten. Ziel ist es, die AfD zu isolieren und die rechten Kräfte (also nicht nur die AfD) zu schwächen. Nach der Landtagswahl im Herbst ist eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

(\*) s. auch „Von der Räterevolution zum antifaschistischen Widerstand“, ARSTI Nr. 198, S.12



Beginn der Umzingelungsaktion

Stand: 1.6.2018 he

## Bericht aus dem Vereinigten Königreich

Am 4. Dezember zeigte das BBC-Programm *Panorama* die Sendung „*Jihadis You Pay For*“ (Dschihadisten, die Sie bezahlen). Sie deckte auf, dass Hilfgelder der britischen Regierung an islamische terroristische Gruppen in Syrien flossen. Zwei Jahre vorher hatte David Cameron dem Parlament erzählt, dass 70.000 „gemäßigte Rebellen“ in Syrien unterstützt werden sollten. Damals sagten Journalisten, die Syrien gut kannten, dass das nicht wahr sei; die wenigen „gemäßigten“ seien durchsetzt und dominiert von den Dschihadisten. Die Nusra Front (al-Qaida) erhielt Geld, ebenso die Freie Syrische Polizei, die wegen Hinrichtungen im Schnellverfahren und Folterungen beschuldigt wurde. *Global Justice Now* warnte, diese Affäre könnte „die Spitze des Eisbergs“ sein, da diese Mittel an dubiose Projekte in 40 anderen Ländern gehen, darunter z.B. nach Bahrein, wo die Polizei trainiert wird, wie sie Demonstranten kontrollieren kann.

Journalisten, die in der Region leben oder häufig dorthin fahren wie Robert Fisk oder Patrick Cockburn,

haben ständig vor dem Fantasiegemälde gewarnt, das die Regierung zeichnet und das von den meisten Medien kritiklos übernommen wird. Die unabhängige Journalistin Vanessa Beeley veröffentlichte ihren eigenen Account zwei Tage vor der Sendung in *Panorama*. Sie fand in Ost-Aleppo 2016/17, nachdem die „Rebellen“ es verlassen hatten, Dokumente bei der Nusra Front, in Verwaltungsgebäuden von Ost-Aleppo und in Zentren der Weißhelme, welche zeigten, dass die Briten die Oppositionsstrukturen finanzierten. Diese drei Einheiten arbeiteten Seite an Seite; sie teilten oft dieselben Einrichtungen und Gebäude. Das berichten uns die Mainstream-Medien nicht, schrieb sie. Beeley fand Hinweise, dass die Weißhelme von „einigen der härtesten terroristischen Gruppen“ angeführt werden. Sie erhielten 200 Millionen Pfund von der britischen Regierung. Der linke Journalist John Pilger beschrieb, dass die Mainstream-Medien über Syrien als ein „komplettes Propaganda-Konstrukt“ berichteten. Man sollte sehr vorsichtig sein, Beschuldigungen an das Assad-Regime

zu glauben; solche Sachen können konstruiert werden.

Die westlichen imperialistischen Mächte, unterstützt von ihren Verbündeten in den Golfstaaten, die ihre eigenen dschihadistischen Gruppen finanzieren, und von Israel, das mit Luftangriffen, Nachschub und medizinischer Versorgung hilft, betrachten den Sturz des Assad-Regimes als strategisches Ziel. Aber wegen der russischen Intervention haben sie dieses Ziel verfehlt. Das ist eine große Niederlage. Inzwischen glauben Experten, dass Israel sich auf einen neuen Krieg gegen den Libanon vorbereitet, um die Hisbollah zu vernichten, die ein Verbündeter des Iran ist, Israels Hauptfeind.

Der mysteriöse Angriff mit Nervengas auf einen früheren russischen Spion, der zu den Briten überlief, Skripal, und auch seine Tochter ansteckte, war ein Geschenk für Theresa May, mitten im Brexit und vielen anderen Problemen. Sie konnte dies nutzen, um die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, indem sie ein anti-russisches Gefühl in der Art des Kalten Krieges entfachte. Das Nervengas

war in einer zentralasiatischen Republik hergestellt worden, die nicht mehr unter russischer Herrschaft ist. Es könnte also von irgendwelchen Leuten genutzt worden sein. Experten fragten sich, warum das Putin-Regime einen Spion angreifen sollte, der Teil eines Gefangenen austauschs gewesen war. May verhängte hastig eine Vielzahl von Sanktionen. Jeremy Corbyn forderte eine Untersuchung und Beweise, bevor man handelt. Er brachte die Forderung von Labour ein, sich mit den vielen hundert russischen Oligarchen zu befassen, Freunden von Putin, die in schönen Häusern in London leben, keine Steuern zahlen, ihre Kinder in private Eliteschulen schicken, ihr Geld waschen, indem sie Immobilien kaufen und der Tory-Partei Geld spenden. Corbyn wurde von den Tory-Medien als Putin-Freund und Kommunist porträtiert, obwohl er ein Kritiker der sowjetischen autoritären Herrschaft gewesen ist. Außerdem ist Putin, ebenso wie das heutige Rußland, nicht kommunistisch.

Um Corbyn zu verleumden, behauptete ein früherer tschechoslowakischer Spion, dass dieser und zehn andere Labour-Abgeordnete tschechoslowakische Agenten gewesen seien. Er behauptete, Corbyn große Geldbeträge gegeben zu haben für teure Restaurants, in Unkenntnis von Corbyns spartanischer und vegetarischer Lebensweise. Nachforschungen in Prager Archiven widerlegten diese Erzählung.

Die Linksentwicklung in der Labour Party macht der herrschenden Klasse und ihren Freunden Sorgen. Das Exekutivkomitee von Labour wird jetzt von Unterstützern von Corbyn dominiert. Der rechte Generalsekretär, der alles in seiner Macht stehende unternahm, um Corbyn zu unterminieren, ist zurückgetreten. Die neue Generalsekretärin, Jenny Formby, eine regionale Funktionärin von UNITE, der größten Gewerkschaft, und eine Verbündete von Len McCluskey, der Hauptunterstützer von Corbyn, wurde vom Exekutivkomitee ausgewählt, nachdem sich Jon Lansman, der Gründer von Momentum, zurückzog. Die andere Kandidatin war auch eine linke Gewerkschaftsfunktionärin. Kezia Dugdale, die rechte Parteichefin von Labour in Schottland, trat zurück und ging

nach Australien. Sie nahm dort an einer Realityshow im Fernsehen teil, bei der bekannte Leute im Dschungel leben und sich bizarren Herausforderungen stellen. Richard Leonard, ein linker Gewerkschaftsfunktionär, wurden ihrer Stelle gewählt. Nach ihrer Rückkehr begannen Dugdale und ihre Verbündeten, Leonard zu unterminieren. Carwyn Jones, der Vorsitzende von Labour in Wales, verläßt seinen Posten im Herbst. Der Linke Mark Drakeford hat schon die Unterstützung von Linken in Wales. Auch andere Rechte haben den Apparat von Labour verlassen, aber es arbeiten immer noch viele Feinde von Corbyn in der Partei.

Inzwischen geht der Versuch von Rechten und der Israel-Lobby weiter, die Labour Party als voll von Antisemiten darzustellen, die von Corbyn geduldet werden. Im März demonstrierten die rechten Vertreter von Juden in Großbritannien, unterstützt von Corbyns Feinden unter den Labour-Abgeordneten, vor dem Parlament, unter großer Beachtung in den Medien. *Jewish Voice for Labour* wies darauf hin, dass diese Vertreter nicht nur Netanjahu, die israelischen Siedler und Aktionen der israelischen Armee unterstützen, sondern auch die Partei der Tories und ihr in ihrer Krise helfen wollen. Ihrer Gegendemonstration wurde nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Seitdem fahren Lastwagen in ganz London herum mit riesigen Plakaten, auf denen steht, dass Labour institutionell antisemitisch ist. Traditionell wurde Labour als Israel-freundlich und generell als antirassistisch gesehen – Rassisten gingen zu den Tories – aber mit den Angriffen von Israel auf den Gazastreifen, den Libanon und der Unterdrückung in den besetzten Gebieten und der Kolonisierung von palästinensischem Land kann eine jüngere Generation, die sich nicht des Holocaust bewußt ist, sondern nur sieht, wie Zivilisten geschlagen oder gar erschossen werden, manchmal eine Terminologie benutzen, die ganz klar antisemitisch ist, und unrichtige Generalisierungen über Juden als solche machen. Es ist offensichtlich, dass das inakzeptabel ist und angepackt werden muß. Aber es ist nur eine kleine Minderheit, die zu weit geht, wenn sie Israel und den Zionismus kritisiert. In der aktuellen

Ausgabe des *New Statesman* steht ein Artikel von Len McCluskey, dem Führer von UNITE, in welchem er die Handvoll von Corbyn-Hassern unter den Labour-Abgeordneten kritisiert, die mit den Tories, der Israel-Lobby usw. zusammenarbeiten, um Labour als voller Antisemiten, Frauenhassern und Mackern darzustellen. Die Israel-Lobby fordert, dass Ken Livingstone, der linke Ex-OB von London, und Jackie Walker, die beide gegenwärtig suspendiert sind, von Labour ausgeschlossen werden. Livingstone hatte gesagt, dass Hitler ein Zionist war, bevor er überschnappte (nicht ganz richtig: Die Nazis favorisierten die Emigration von Juden nach Palästina, bevor sie die „Endlösung“ in die Tat umsetzten; und die revisionistischen Zionisten waren im ideologischen Sinne faschistisch.). Walker ist schwarz und Jüdin; ihre Eltern wurden in der McCarthy-Zeit in den USA verfolgt, sie selbst ist eine linke Antizionistin. Wie bei Moshe Machover zielen die Zionisten und ihre Verbündeten auf antizionistische Juden. Tony Greenstein, sein Leben lang ein Linker und Antizionist, wurde kürzlich aus der Labour ausgeschlossen, ebenso am 27. April der schwarze antirassistische Aktivist Marc Wadsworth, trotz der Unterstützung von linken Labour-Abgeordneten und der *Jewish Voice for Labour*. Wadsworth hatte diejenigen Labour-Abgeordneten angeprangert, die Corbyn unterminiert hatten bei der Vorstellung des Reports von Chami Chakrabati über den Antisemitismus in der Labour-Party. Die Parlamentsabgeordnete Ruth Smeeth, die die US-Außenpolitik und Israel unterstützt, mit Geschäftsverbindungen in letzteres Land, rannte tränenüberströmt theatralisch hinaus und behauptete, Wadsworth sei ein Antisemit. Corbyn führt in der Labour-Partei nach Blair die Demokratie wieder ein; aber das ist ein langer Prozeß; die Rechte ist gut verwurzelt.

m.j. 30. 4. 18

## Nachtrag

Wie wichtig gerade Israel in den Angelegenheiten des Mittleren Ostens ist, wird illustriert durch die Tatsache, dass Waffen im Wert von 320 Millionen Pfund seit dem Krieg 2014



in Gaza von Großbritannien dorthin exportiert wurden. Das ist zehnmal so viel als zuvor. Darin enthalten sind Teile der Gewehre der Scharfschützen, die von den israelischen Verteidigungsstreitkräften jüngst bei dem Beschuss von unbewaffneten Demonstranten auf der Gaza-Seite der Grenze eingesetzt wurden. General Zvika Fogel gab zu, dass die Streitkräfte absichtlich auf Kinder gezielt haben. Corbyn forderte eine unabhängige Untersuchung des Beschusses und prangerte das Töten und Verwunden von Menschen an, die lediglich nahe der Grenze protestiert hatten.

Am 3. Mai fanden lediglich in vielen Teilen Englands Kommunalwahlen statt, nicht im ganzen Vereinigten Königreich. Labour erzielte die meisten Gewinne, aber nicht so viel, wie erwartet worden war. Die Tories erlitten einige entscheidende Verluste. Sie hielten im Großen und Ganzen aber ihren Stimmenanteil, hauptsächlich wegen des totalen Zusammenbruches von UKIP, der Anti-EU-Partei, deren Wähler zu den Tories zurückkehrten. Labour schnitt in einigen Städten im Süden oder den Midlands nicht gut ab, wo der Anteil der Brexit-Befürworter sehr stark gewesen war. Während das Kabinett von May versucht, eine Lösung zu finden, können seine Pro- und Anti-Brexit-Mitglieder in Bezug auf die Handelspolitik gegenüber der EU übereinstimmen, so scheint sich Labour im Unklaren zu sein über die künftigen Beziehungen mit der EU. Deshalb sehen die Wähler, für die der Brexit das dringendste Problem ist, die Tories als die bessere Wahl an. Die Kampagne der Israel-Lobby, Labour als dem Antisemitismus zugeneigt darzustellen, hatte eine Auswirkung in den Teilen von London mit einer großen jüdischen Community wie auch in Teilen von anderen Städten wie Leeds, Liverpool und Manchester. Dies gab den Feinden von Corbyn eine neue Waffe, mit der sie die linke Führung angreifen können.

*m.j. (7.5.18)*

## Stellungnahme zum Tarifabschluss Bund/Länder 2018

**Wichtige Schritte zur Stärkung des öffentlichen Dienstes in den Ländern und Kommunen – Die unteren und oberen Entlohnungsgruppen profitieren stärker**

1. Insgesamt ist ein positiver Kompromiss gefunden worden. Es mussten die Finanzierbarkeit, die Ansprüche der Beschäftigten nach massiven Warnstreiks sowie die Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Dienstes durch Entlohnung gesteigert werden. Stark dominierte die steigende Konkurrenz um Fachkräfte mit der Privatwirtschaft. Die Kompromissformel liegt in der Laufzeit. Über 30 Monate haben alle Beschäftigten mindestens 6,8% mehr (ver.di forderte 6% für 12 Monate) mehr an Bruttolohn. Durch die Änderung jeder Entgeltgruppe und Berufserfahrungsstufe kommt es zu abweichende Steigerungsraten. Für die Vertragsdauer von März 2018 bis August 2020 ergibt sich ein Durchschnitt von 7,5% mit einer Bandbreite von 6,7 bis 13,4 Prozent an Entgeltsteigerungen.
  2. Da die Prozentanhebung bei den unteren Einkommensbeziehern absolut weniger bringt, ist die Einmalzahlung von 250 € bis zu Entgeltgruppe 6 (Müllwerker) wichtig. Sie ist jedoch nicht tabellenwirksam, also erhöht bei der kommenden Tarifierhöhung nicht die Basis. Hinzugefügt wird die Anhebung der Ausbildungsentgelte um 100 € in zwei Schritten.
  3. Gemessen am Realeinkommenszuwachs verdient der Abschluss Anerkennung. Da die Inflationsrate auch in der kommenden Zeit unter 2% liegen wird, ist auch eine Realeinkommenssteigerung zu erwarten. Das tut der Binnenkonjunktur gut.
  4. Der Tarifabschluss bringt im Vergleich zur Metall- und Elektroindustrie mit den Möglichkeiten befristeter Arbeitszeitverkürzung keine fundamentale Trendwende. Aber damit wird erstmals strategisch die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft um Fachkräfte aufgegriffen.
- Gemessen an dieser Herausforderung handelt es sich um einen klugen Kompromiss. Die Entlohnung

muss mit den vergleichbaren Facharbeiterjobs in der Privatwirtschaft Schritt halten.

5. Auf finanzschwache Kommunen kommen Mehrbelastungen zu. Etlliche Kommunen schaffen die Finanzierung auch ohne Überwälzung auf die Bürgerinnen und Bürger. Bei finanzkraftschwachen Kommunen könnte Unterstützung durch den Bund für kommunale Schwerpunktinvestitionen, die dringlich sind, Entlastung geschaffen werden. Aber klar muss auch sein: Kommunen brauchen motivierte Beschäftigte.

Alles in allem hat sich das Tarifvertragssystem wieder bewährt.

### Beispiele zur Tarifierhöhung:

1. Ein Datenbankverwalter der Entgeltgruppe 9a in Erfahrungsstufe 3 erhält auf die gesamte Vertragslaufzeit gerechnet 6,79 Prozent mehr Lohn. Dies führt ab März 2020 gegenüber Februar 2018 zu einem Zuwachs von monatlich 213,56 Euro auf 3.356,89 Euro.

2. Höhere Steigerungen erfährt der Berufsanfänger in der Poststelle im einfachen Dienst. Sein Lohn in drei Stufen um insgesamt 10,21 Prozent oder 199,41 auf 2.152,15 Euro monatlich angehoben werden. Im unteren Entlohnungsbereich fällt das Plus „unten“ als in der Mitte aus.

3. Ein Beispiel für überdurchschnittliche Zuwächse im oberen Lohnbereich: Der akademisch qualifizierte Leiter einer kommunalen Musikschule mit Entgeltgruppe 14 und Erfahrungsstufe 4 wird ein insgesamt 9,64 Prozent höheres Entgelt erhalten, sein Verdienst steigt bis März 2020 gegenüber Februar 2018 um 485,92 auf 5.524,82 Euro.

*Bremen, den 18.4.2018 Rudolf Hickel  
Arbeitsgruppe Alternative  
Wirtschaftspolitik e.V.  
(Memorandum-Gruppe)*



# Frankreich ein Jahr unter Macrons Präsidentschaft

Am 7. Mai 2017 triumphierte Macron in der Stichwahl gegen Le Pen. Seine Bewegung *La République En Marche*, *LREM* und die verbündete Partei *MoDem* gewannen bei der Stichwahl am 18. Juni letzten Jahres 350 von 577 Sitzen in der Nationalversammlung. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass Macron in der 1. Runde der Präsidentschaftswahlen am 23. April nur 18,2% der Wahlberechtigten an sich binden konnte. Bei der 1. Runde der Wahlen zur Nationalversammlung am 11. Juni erreichten *LREM* und *MoDem* zusammen nur 15,3% der Wahlberechtigten. Die gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Aktionen im Herbst konnten nicht den notwendigen Druck aufbauen, um Macrons Verordnungen zu verhindern, die eine Schwächung der Gewerkschaften beabsichtigen und eine epochale Zerstörung von Rechten der Beschäftigten bedeuten.

## Massenproteste und Wahlen

Schon in den vergangenen Jahren wurde die rechtliche Stellung der Beschäftigten in Frankreich durch eine Reihe von Gesetzen verschlechtert. Das im Februar 2016 bekannt gewordene Gesetzesvorhaben *Loi Travail* oder *El Khomri*, benannt nach der ehemaligen Arbeitsministerin, bedeutete eine wirkliche Umwälzung im französischen Arbeitsrecht. Gegen dieses Vorhaben mobilisierten vier Gewerkschaften<sup>1</sup> und drei Schüler und Studentenorganisationen – unterstützt von einer Mehrheit der französischen Bevölkerung.

Von März bis zur Sommerpause im Juli 2016 fanden in Paris und vielen weiteren Städten insgesamt 15 Massendemonstrationen statt. Streiks bei Zeitungen, im Luftverkehr, bei der Bahn oder im Regionalverkehr forderten die Rücknahme des Gesetzes. Ende Mai kam es wegen der Streiks in Raffinerien und Häfen, unterstützt durch Blockaden von Benzindepots durch LKW-Fahrer, Erwerbslose, Rentner, Studierende, zu einer ernsthaften Benzinknappheit in verschiedenen Regionen. Dennoch war der öffentliche Druck nicht ausreichend, um das Gesetz zu verhindern, das im August 2016 im Amtsblatt verkündet wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen und den Wahlen zur Nationalversammlung zahlten die Sozialistische Partei und ihr Kandidat Benoît Hammon einen sehr hohen Preis dafür, dass dieses unternehmerfreundliche Gesetz gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, mit Hilfe des demokratisch fragwürdigen Artikels 49-3 und begleitet von einem brutalen Vorgehen der Bereitschaftspolizei gegen die Gewerkschaftsdemonstrationen durchgesetzt worden war. Im Frühjahr 2017 landeten Kandidat und Partei bei deutlich unter 10%. Letzten September musste der *Parti Socialiste* aus finanzieller Not seine Parteizentrale in der Rue de Solferino in Paris verkaufen.

Die Implosion der Sozialisten und die Schwächung der *Gaullisten* wegen verschiedener Korruptionsaffären, besonders um den Präsidentschaftskandidaten Fillon, machten den Weg frei für Emmanuel Macron mit seiner Sammlungsbewegung *En Marche*. Er konnte entscheidende Trümmer des PS sammeln und wichtige Teile der *Gaullisten* auf seine Seite ziehen. Dadurch wurde er zum entscheidenden Kandidaten, der eine Präsidentschaft Marine Le Pens verhindern sollte. Die wichtigste Opposition von Links kam nun von der Wahlbewegung *La France Insoumise*, „das unbeugsame Frankreich“, mit dem Präsidentschaftskandida-

Frankreich ist „*en marche*“, „auf dem Weg“ zu einer umfassenden neoliberalen Umwälzung. Nach der Deregulierung des Arbeitsrechts sind die nächsten Projekte der Regierung die Zerschlagung der französischen Bahn *SNCF* in ihrer jetzigen Form. Bei den Hochgeschwindigkeitszügen soll Konkurrenz von außen ermöglicht, die Privatisierung anderer Verbindungen soll erlaubt werden. Viele Nebenstrecken sollen geschlossen, der hart erkämpfte Status der *cheminots*, der Bahnbeschäftigten, soll kassiert werden.

Gleichzeitig verkündete die Regierung unter Édouard Philippe die geplante weitere Privatisierung der Pariser Flughäfen Charles-de-Gaulle und Orly. Bisher war eine staatliche Mindestbeteiligung von 50% vorgeschrieben, nun wird ein kompletter Rückzug des Staates möglich.

Die berufliche Weiterbildung für Beschäftigte und Erwerbslose soll auf ein Gutscheinsystem mit 500, Euro Guthaben pro Jahr umgestellt werden. Die Idee der „Bildungsgutscheine“ des Urvaters des Neoliberalismus, Milton Friedman, lässt grüßen.

<sup>1</sup> Mobilisiert wurde von CGT, Force Ouvrière, Sud-Solidaires und FSU. Diese repräsentieren bei den Wahlen der Gewerkschaftsvertreter zusammen knapp die Hälfte der Beschäftigten (<http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Frankreich/Gewerkschaften>). Die FSU ist die größte Gewerkschaft im Erziehungsbereich und im öffentlichen Dienst. Die versöhnliche CFDT konnte bei den Wahlen in der Privatwirtschaft im März 2017 mit 26,4% die CGT (24,9%) knapp von Platz 1 verdrängen. Auf Platz 3 folgt FO mit 15,6%. Die Gewerkschaft der Fach- und Führungskräfte CFE-CGC erhielt bei diesen Wahlen 10,7%, die christliche CFTC 9,5% ([http://www.huffingtonpost.fr/2017/03/31/la-cfdt-devance-la-cgt-et-devient-le-premier-syndicat-de-france\\_a\\_22019860/](http://www.huffingtonpost.fr/2017/03/31/la-cfdt-devance-la-cgt-et-devient-le-premier-syndicat-de-france_a_22019860/)). CFDT, CFTC, UNSA und CFE-CGC standen bei dem Konflikt auf Seiten der Regierung bzw. blieben passiv.

ten Jean-Luc Mélenchon, der überraschenderweise die Stichwahl nur knapp verpasste.

## Deregulierung des Arbeitsrechts

Emmanuel Macron hatte im Wahlkampf keinen Zweifel daran gelassen, das Arbeitsrecht noch über das Gesetz *El Khomri* hinaus verschärfen zu wollen. Durch ein „*Loi d'habilitation*“ ermächtigte ihn die Mehrheit der Nationalversammlung im Sommer 2017 seine Absichten durch 5 *Ordonnances* zu verordnen, um so eine breite Debatte im Parlament zu verhindern. Was sind nun die wesentlichen Verschlechterungen des Gesetz *El Khomri* für die Beschäftigten und welche Verschärfungen enthalten die Verordnungen Macrons, die im September letzten Jahres beschlossen wurden?

Es ist offensichtlich, dass alle Maßnahmen dem Ziel folgen, die klassenbewussten Gewerkschaften zu schwächen, um Arbeit billiger zu machen und so die Situation der französischen Industrie im internationalen Konkurrenzkampf zu verbessern. Die Entscheidungen sollen möglichst auf Betriebsebene getroffen werden, wo die Belegschaften leichter erpressbar sind. Bisher war es für Frankreich kennzeichnend, dass ein großer Anteil der Tarifverträge allgemeinverbindlich war. Noch 2011 wurden 93 % der Beschäftigten durch einen Tarifvertrag erfasst, eine der höchsten Tarifbindungen in Europa. Das Instrument der *Allgemeinverbindlichkeitserklärung* hat seine Wurzeln im Gesetz von 1919 zum „*kollektiven Arbeitsvertrag*“. Am 24. Juni 1936 ermöglichte ein von der Volksfront geschaffenes Gesetz diese kollektiven Arbeitsverträge vom Arbeitsministerium als allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Nach der Befreiung von der deutschen faschistischen Besatzung, bei der die französischen Kommunisten einen wesentlichen Anteil hatten, kontrollierte bis 1950 der Staat, die Vierte Republik, die Löhne. Mit dem Gesetz vom 11. Februar 1950 wurden freie Tarifverhandlungen ermöglicht, deren Ergebnis das

Arbeitsministerium in den meisten Fällen als allgemeinverbindlich erklärte. Außerdem wurden Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung in die Allgemeinverbindlichkeit einbezogen. Auch während der Fünften Republik seit 1958 und bis zur Wahl des Sozialisten Hollande 2012 hatte sich an dieser Rechtslage nichts Wesentliches geändert.<sup>2</sup>

Durch die Hartz IV-„Reformen“ in Deutschland und die nachlassende Tarifbindung rechts des Rheins entstand für die französische Bourgeoisie die Notwendigkeit, auch in Frankreich den hohen Anteil tarif-

beispielsweise auch für Bezahlung und Arbeitsschutz.

Ab September 2017 haben Branchenverträge Vorrang in 11 Bereichen: Mindestentlohnung, Eingruppierung, Erschwerniszulage, Gleichheit bei Männern und Frauen, Probezeit, Teilzeit, Rente, Gegenseitigkeit bei den paritätischen Sozialfonds und bei der Ausbildung, Bedingungen bei Befristung oder projektgebundenen Arbeitsverträgen.<sup>3</sup> Wie Luc Peillon in der *Libération* vom 7.9.2017 bemerkt, steigen einige dieser Bereiche auf der Leiter der Normen ab, weil sie bisher vom *Code du travail*, der

Arbeitsgesetzgebung, geregelt wurden, ohne Ausnahmen zuzulassen.<sup>4</sup> Der Branchentarif darf heute also auch von der bisherigen Arbeitsgesetzgebung abweichen. In vier weiteren Bereichen können die Branchen wählen, ob sie den Branchentarif oder den Haustarif anwenden: Vorbeugung beruflicher Risiken, Eingliederung Behinderter, Gefahrenzuschläge, Zahl der Gewerkschaftsvertreter. **In allen anderen Bereichen dürfen die Betriebsvereinbarungen vom bisherigen *Code Du Travail* abweichen.** Der ehemalige sozialistische Politiker und Arbeitsinspektor Gérard Filoche nannte das zu

Recht einen Bruch mit 100 Jahren Errungenschaften der französischen Arbeiterbewegung.<sup>5</sup>

Die Hälfte aller französischen Lohnabhängigen arbeitet in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten. Hier können die Patrons, die Firmeninhaber, jetzt mit Personalvertretern ohne gewerkschaftliches Mandat verhandeln. In Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten werden die bisherigen Gremien: Personalvertreter, Betriebskomitee (*CE*) und Komitee für Hygiene, Sicherheit und Arbeitsbedingungen (*CHSCT*) zu einem einzigen zusammengelegt: Dem Rat für Soziales und Ökonomie (*CSE*). Fragen des



Aufgabe ist es, anzukommen, bevor die Fabrik ins Ausland verlegt wird! aus: Fakir, 9.3.2018

gebundener Beschäftigung massiv zu senken, bzw. die Branchentarife nach unten zu öffnen. Ein wesentliches Instrument zu diesem Zweck trägt die Bezeichnung „*Umkehr der Hierarchie der Normen*“. Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich die Möglichkeit, schlechtere Haustarife an die Stelle von Branchentarifen oder branchenübergreifenden Tarifverträgen zu setzen. Es gilt nicht mehr die für die Beschäftigten günstigste Regelung, es kann ab jetzt auch die ungünstigere sein. Im Gesetz *El Khomri* betraf das nur die Arbeitszeit, durch Macrons Verordnungen gilt es

2 [https://www.boeckler.de/wsimit\\_2012\\_07\\_dufresne.pdf](https://www.boeckler.de/wsimit_2012_07_dufresne.pdf)

3 [http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2017/09/12/les-questions-que-vous-vous-posez-sur-la-reforme-du-code-du-travail\\_5184510\\_4355770.html#huit-anchor-qu-est-ce-qui-change](http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2017/09/12/les-questions-que-vous-vous-posez-sur-la-reforme-du-code-du-travail_5184510_4355770.html#huit-anchor-qu-est-ce-qui-change)

4 [http://www.liberation.fr/desintox/2017/09/07/mon-le-role-de-la-branche-n-est-pas-preserve-par-la-reforme-penicaud\\_1594558](http://www.liberation.fr/desintox/2017/09/07/mon-le-role-de-la-branche-n-est-pas-preserve-par-la-reforme-penicaud_1594558)

5 <http://www.filoche.net/2016/06/24/pourquoi-exiger-jusquau-bout-le-retrait-du-projet-de-loi-el-khomri-conference-faite-a-nice-le-jeudi-16-juin-retranscription-complexe/>

Arbeitsschutzes unterliegen damit beispielsweise viel stärker Erpressungsversuchen mit Stellenabbau oder Betriebsverlagerung aufgrund angeblich fehlender Rentabilität.

Die **Erleichterung von Entlassungen und Stellenabbau** bilden einen weiteren Schwerpunkt der Verordnungen. Wenn ein Beschäftigter zu Unrecht entlassen wird, kann er eine Entschädigung erstreiten. Die Rückkehr in den Betrieb ist in Frankreich nicht vorgesehen. Seit langem übt der Unternehmerverband *MEDEF* Druck aus, um Obergrenzen für Entschädigungen zu erzwingen. Im Gesetz *El Khomri* gab es nur Tabellen mit Empfehlungen. Die Verordnungen *Macrons* halbieren einerseits die Untergrenze der Entschädigungen von 6 Monatsgehältern für 2 Jahre Betriebszugehörigkeit auf 3 Monatsgehälter, noch weniger bei Betrieben unter 250 Beschäftigten. Die Obergrenze wurde entsprechend dem Wunsch des *MEDEF* auf 20 Monatsgehältern für 30 Jahre Betriebszugehörigkeit festgelegt. Die Klagefrist wurde von zwei Jahren auf eins verkürzt.

Für die Firmen wird es leichter, Arbeitsverträge zu befristen (*contrat à durée déterminé, CDD*). Bisher konnten sie bei mangelnder Phantasie der Personalchefs nur ein Mal verlängert werden und durften maximal 10 Monate dauern. Am Ende gab es eine Prekaritätsprämie von 10 % des Bruttolohns für die Beschäftigten. Ein befristeter Vertrag musste begründet werden. Kettenverträge waren untersagt, wenn auch in der Realität kettenartige Verträge durch die Erfindung immer neuer Begründungen ermöglicht wurden. Die gleiche Stelle durfte während einer Karenzzeit nicht wieder besetzt werden. Durch *Macrons* Verordnungen können die Branchen nun über Dauer der Befristung bestimmen, über die Zahl der Verlängerung auf der gleichen Stelle und die Karenzzeiten. Der Abschluss sogenannte „Baustellenverträge“ wird erleichtert und soll massiv ausgeweitet werden. Diese an ein Projekt gebundenen Anstellungen können länger dauern als ein *CDD* und enden mit der Beendigung des Projekts.

Alle Maßnahmen machen es für Arbeitssuchende immer schwerer, einen der begehrten unbefristeten Arbeitsverträge *CDI (contrat à durée indéterminé)* zu bekommen. Vor 30 Jahren waren nur 5 % der Arbeitsverträge befristet, vor 5 Jahren schon 13 %. Laut *Insee* hatten 2016 bereits 32 % der 15-24-Jährigen nur einen befristeten Vertrag.<sup>6</sup> Wir kennen das Problem in Deutschland.

Die *Rupture Conventionnelle Collective RCC* ist ein neu geschaffenes Instrument, um auch in florierenden Unternehmen Stellen abzubauen. Dieses Instrument kann nur einvernehmlich angewendet werden. Die Entlassenen bekommen eine Abfindung, können danach Leistungen aus der Arbeitslosenkasse beziehen, haben ein Recht auf Umschulung usw. Die Bekleidungskette *Pimkie* und *Peugeot PSA* kündigten Ende Dezember an, mit Hilfe der *RCC* Stellen abzubauen zu wollen. Bei *Pimkie* sollen 280 von 1.900 Stellen gestrichen werden, bei *PSA* ist die Rede von „einigen Tausend“ Beschäftigten.<sup>7</sup> In den französischen Fabriken von *PSA* wurde die Zahl der Beschäftigten von 76.000 in 2012 schon auf heute 55.000 vermindert: Bei gleicher Zahl produzierter Autos von ca. 1 Million pro Jahr. *PSA* erklärte, die *RCC* sei ein weiteres Instrument im Rahmen des Programms „Gleichgewicht von Beschäftigung und Kompetenzen“. Wenn die Qualifikation der Beschäftigten nicht passt, sollen sie durch andere ersetzt werden können. Dazu *Franck Don*, Delegierter der christlichen *CFTC*: „Es darf sich nicht darum handeln, Leuten Geld zu geben (die Abfindungen), um zur Arbeitsagentur *pôle emploi* zu gehen.“<sup>8</sup> Stellenabbau auf Kosten der Sozialversicherungen. Probleme, die wir in Deutschland kennen. Die Gewerkschaften befürchten zu Recht, dass *PSA* die *RCC* benutzen will, um den Anteil prekär Beschäftigter weiter zu erhöhen, von bereits heute 15 % der Gesamtbelegschaft, in der Produktion dagegen schon über 50 %.<sup>7</sup>

In jedem Fall hat die *RCC* für die Unternehmer den Vorteil, dass es die Entlassenen nicht wieder einstellen muss, wie das bei Kündigungen aus

wirtschaftlichen Gründen der Fall ist, wenn sich die wirtschaftliche Lage verbessert. Erfolgte die Entlassung durch *RCC* können stattdessen Jüngere und besser Qualifizierte eingestellt werden. Die durch *RCC* freigesetzten Beschäftigten haben auch kein Recht auf den „Vertrag zur beruflichen Sicherung“, der eine verstärkte Betreuung durch die Arbeitsagentur und die „Beihilfe zur beruflichen Sicherung“ von 75 % des Bruttolohns für 12 Monate garantiert. Anders als bei einem Sozialplan hat bei der *RCC* auch die Arbeitsverwaltung weniger Einflussmöglichkeiten.

**Die Schwächung von Arbeitsrecht und Branchentarif bedeutet den Versuch, Errungenschaften von 1936 (Volksfront), 1944 (Résistance) und des Mai 68 zu kassieren.** Dieser epochale Einschnitt trifft die französischen Gewerkschaften hart, weil ihr Organisationsgrad nur bei 8 % liegt und sie in mehrere politische Lager geteilt sind. Ihre Stärke war immer eine starke politische Mobilisierungsfähigkeit in breite Bereiche der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung. Ihre politische Durchsetzungsfähigkeit wirkte sich aber indirekt für die Beschäftigten aus, über die Vermittlung des Staates und der Gesetze. Diese garantierten den Gewerkschaften Sitze in Betriebs- und Branchenkommissionen, eine gewerkschaftliche Mandatierung von Personalvertretern und eine hohe Tarifbindung. Die indirekte Vermittlung des Drucks über die politischen Institutionen der Republik hat erheblich zur Politisierung der französischen Arbeiterbewegung beigetragen.

### Umverteilung durch Steuern und Sozialabbau

Ein Geschenk für die Reichen im Land ist *Macrons* Steuerreform. Die Vermögenssteuer *ISF* soll nur noch auf Immobilien und Grundbesitz erhoben werden, nicht mehr auf Aktien, Lebensversicherungen oder andere Vermögenswerte. Kosten für die Allgemeinheit: 4,5 Mrd. Euro pro Jahr. Die Steuer auf Wohneigentum wird generell abgeschafft (ca. 8 Mrd.). Dafür steigt die *Sozialsteuer CSG* um 1,7 %. Dies soll bei Beschäftigten durch Verminderung der So-

6 <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2850098>

7 [http://www.liberation.fr/france/2018/01/08/rupture-conventionnellecollective-psa-et-pimkie-candidats\\_1621043](http://www.liberation.fr/france/2018/01/08/rupture-conventionnellecollective-psa-et-pimkie-candidats_1621043)

8 [http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/12/28/psa-compte-profiter-de-la-rupture-conventionnelle-collectivedes-2018\\_5235198\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/12/28/psa-compte-profiter-de-la-rupture-conventionnelle-collectivedes-2018_5235198_823448.html) (29.12.2017)

zialabgaben kompensiert werden, nicht jedoch bei den Rentnern. Die Nachrichtensendung *20 heures* auf *France 2* vom 31. August 2017 kam zu dem Ergebnis, dass durch das Zusammenwirken der drei Maßnahmen Menschen mit einem monatlichen Einkommen von 8.000 Euro pro Monat über 4.000 Euro im Jahr gewinnen. Einkommen von 2.500 Euro gewinnen noch über 600 Euro pro Jahr. Einkommen von weniger als 2.000 Euro pro Monat müssen zusätzlich 435 Euro pro Jahr drauflegen: *Macron, the Sheriff of Nottingham!*

Im Zeitraum von 4 Jahren sollen die Unternehmenssteuern von 33 auf 25 Prozent gesenkt werden. Die Kapitalertragssteuern werden von mehr als 60 Prozent auf pauschal 30 Prozent im Jahr 2018 reduziert. In der Summe kostet das die Allgemeinheit geschätzte 11 Mrd. Euro pro Jahr (*Handelsblatt*, 12.7.2017). Die ehemalige Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) forderte nach Macrons und Trumps Steuerreformen nun Ähnliches in Deutschland. Auf der anderen Seite der französischen Gesellschaft wurde den Ärmsten die Wohnungsbeihilfe um 5 Euro pro Monat gekürzt. Nach einem öffentlichen Aufschrei schlug Macron den Vermietern vor, die Mieten um 5 Euro zu senken. Die Vermieterverbände fanden das einen guten Witz.

Die Reduzierung geförderter Beschäftigung bringt viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf die Palme. Die soziale Infrastruktur der Kommunen, besonders in Schulen und Kindergärten, ist dringend auf die Arbeitskräfte mit einem „*contrat aidé*“ angewiesen. In 2016 gab es noch 459.000 geförderte Verträge, 2017 noch 280.000 und für 2018 sind nur noch 200.000 geplant.<sup>9</sup>

## Soziale Mobilisierung und Gewerkschaften

Die Mobilisierung war nicht zu vernachlässigen aber letzten Endes nicht ausreichend für eine flächendeckende Rücknahme der Verordnungen, so wie das 1995 mit Alain Juppés Konterreformen oder 2006 mit dem *Ersteinstellungsvertrag CPE* passiert war, den eine Massenmobilisierung von Jugendlichen und Gewerkschaften noch nach seiner Verkündung im

Amtsblatt zu Fall bringen konnte. Der erste Mobilisierungstag kurz nach der Sommerpause war der 12. September, ein Dienstag. Während der Arbeitszeit streikten und demonstrierten in Paris ca. 50.000 Menschen<sup>10</sup>, im ganzen Land zwischen 223.000 (laut Polizei) und 500.000 (laut CGT). In anderen Städten gab es eine sehr gute Mobilisierung, *AFP* berichtete, dass das konservative Nizza die stärkste Mobilisierung seit 2006 erlebt hatte.

Für den 21. September, einen Tag vor Verabschiedung der Verordnungen, riefen CGT und andere Gewerkschaften zu einem weiteren Aktionstag auf. Behindert wurde die Mobilisierung durch die Uneinigkeit zwischen der CGT und Mélenchon, der für den Sonntag danach, den 23. September aufgerufen hatte. Auch zwischen Mélenchon und der Kommunistischen Partei gab es erhebliche Spannungen. Im Lager der Gewerkschaften, die noch 2016 gegen die Regierung vereint waren, CGT, FO, SUD und FSU, gab es Zerfallserscheinungen. Der Generalsekretär der *Force Ouvrière*, Jean-Claude Mailly, weigerte sich, zu den Mobilisierungen aufzurufen und fiel damit der Bewegung faktisch in den Rücken. Verschiedene Gewerkschaften der FO hatten trotzdem zu Demonstrationen und Streiks aufgerufen, u.a. die FO-Transport und die Lehrgewerkschaft *FNEC FP-FO*. Am 29. September geriet Mailly beim Nationalen Bundeskomitee der FO mit 123 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen in eine hoffnungslose Minderheitenposition.

Ab dem 25. September drohte Gefahr für die Regierung, als die in CGT und FO organisierten Fernfahrer Benzindepots und Raffinerien blockierten, wie schon im Mai 2016 und Juni 2017. Die Wut der Fernfahrer war diesmal so groß, dass auch die versöhnliche *CFDT* und die christliche *CFTC* Aktionen durchführen mussten. Es kam, wie die Male davor, zu einer bedrohlichen Benzinknappheit und die Regierung gab nach kurzer Zeit nach. **Für die kampfstarken Bereiche Fernfahrer und Docker gilt die Inversion der Hierarchie der Normen nicht, sie**

## konnten den Vorrang des Branchentarifs vor dem Haustarif verteidigen.

Am 28. September führten die Rentnerinnen und Rentner Aktionen durch, am 10. Oktober streikte der öffentliche Dienst in großer Geschlossenheit, auch Beamte. Hier geht es um die Wiedereinführung eines unbezahlten ersten Krankheitstages, eines „Karenztages“. Die Gehälter sind schon seit 8 Jahren eingefroren, 120.000 Stellen sollen abgebaut werden. Trotz der zu schwachen Mobilisierung finden weiterhin 68 % der Bevölkerung die „Reformen“ unsocial und befürchten einen Abbau ihrer Rechte, besonders Menschen aus den mittleren und unteren sozialen Schichten. (*BFMTV online*, 27.9.17) Diese Stimmung wird auch nicht dadurch geändert, dass Macron am 8. September Teile der Bevölkerung als „*Faulpelze, Zyniker und Extremisten*“ beleidigte. Zu der um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Belegschaft des Auto-Zulieferers *GM&S*, sagte er am 5. Oktober, sie sollten sich lieber Jobs suchen, als einen Saustall zu veranstalten („*foutre le bordel*“). Trotzdem profitiert Macron weiter von der Implosion der Sozialisten und der Spaltung der Gaullisten. Viele Französinen und Franzosen sind ihm gegenüber skeptisch, glauben aber, keine Alternative zu haben.

## Die politischen Parteien

Der *Parti Socialiste* bekam nach seiner traurigen Rolle, das Gesetz *El Khomri* gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung mit dem demokratisch fragwürdigen Artikel 49-3 und mit einer brutalen Repression gegen die großen Gewerkschaftsdemonstrationen durchgesetzt zu haben, einen politischen Schlag bei den Wahlen, von dem er sich wahrscheinlich nicht so schnell erholen wird. Die Rechten aus dem *PS* liefen mit wehenden Fahnen zu Macron über. Der Zerfall der Sozialdemokratie ist keine auf Frankreich beschränkte Erscheinung. Die aus der krisenhaften Kapitalakkumulation entstehende Notwendigkeit, die Lasten auf die Lohnabhängigen abzuwälzen, ist gleichzeitig der Zerset-

9 <http://www.europe1.fr/politique/emmanuel-macron-sur-les-contrats-aides-que-ceux-qui-les-dependent-les-prennent-3492335> 14.11.2017

10 Bernard Schmid, *labournet*, 13.9.2017

zungspilz der Sozialdemokratie und der Treibstoff für die extreme Rechte.

Der *Front National* hat sich von seinen enttäuschten Erwartungen bei der Stichwahl am 7. Mai und dem verpatzten TV-Duell am 3. Mai 2017 durch eine übermüdete, uninformierte und aggressive Marine Le Pen bis heute nicht erholt. Erhofft hatte man 14 Millionen Stimmen, es waren dann „nur“ 10,6 Millionen, erschreckend genug. Zerstritten und konfus ist man bei der Frage des Euro-Austritts, den momentan 70 % der Franzosen ablehnen. Als Sündenbock wurde Parteivize Florian Philippot aus der Partei geekelt, der den Flügel repräsentiert, der sich scheinbar gegen die neoliberalen Reformen wendet und klar für einen Frexit eintritt. Phillipot gründete darauf hin die Partei *Les Patriots*. Die unternehmerfreundliche katholische Nichte Marion Maréchal Le Pen wartet derweil auf ihre Chance. Mit einem neuen Gesicht kann der *FN* sehr plötzlich wieder sehr gefährlich werden. An dieser Situation ändert auch die für Marine Le Pen politisch riskante Umbenennungsaktion in *Rassemblement National* nichts.

Die *Gaullisten* sind gespalten in den „gemäßigten Flügel“ um Ministerpräsident Édouard Philippe, der mit Macron zusammenarbeitet, weil er ja genau seine Vorstellungen von „Reformen“ umsetzt. Der bei der Partei „*Les Républicains*“ verbleibende Flügel unter ihrem neuen Vorsitzenden Laurent Wauquiez wandert politisch erkennbar nach rechts, hin zu konservativ-katholischen Vorstellungen, gepaart mit anti-arabischen Ressentiments, um es konzilient zu formulieren. (*FAZ online*, 10.12.2017)

*La France Insoumise* mit Jean-Luc Mélenchon wird von 28% der Bevölkerung als die eigentliche Opposition wahrgenommen. (*BFMTV online*, 20.11.2017) Nach dieser Umfrage nehmen 14 % den *Front National* und nur 8 % die gaullistischen *Les Républicains* als Opposition war. **42 % sind aber der Meinung, dass es überhaupt keine politische Bewegung gibt, die eine Opposition verkörpert. Zeichen einer tiefgreifenden Desorientierung und Desillusionierung.** *LFI* hat durchaus problematische Seiten, wenn etwa die Symbole der Arbeiterbewegung durch nationale Symbole ersetzt werden, wenn nicht der Gegensatz von

Kapital und Arbeit im Vordergrund steht, sondern „*Oligarchie gegen Volk*“. Auch das Bestreben, sich nicht mit anderen fortschrittlichen Kräften zu verbünden, sondern sie zu ersetzen, erleichtert die Sammlung der Kräfte nicht. Dennoch bleibt *LFI* ein Faktor, an dem eine fortschrittliche Opposition gegen die Politik Macrons nicht vorbeikommen wird. Mélenchon konnte immerhin in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 30 % der 18 bis 24-jährigen Wählerinnen und Wähler an sich binden.

Die politische Organisation Emmanuel Macrons trägt seine Initialen: *EM*, seit seiner Wahl am 7. Mai 2017 *LREM*. Diese Organisation sollte sich bewusst von den etablierten politischen Parteien unterscheiden, von deren Korruption die Menschen zu Recht die Schnauze voll haben. *LREM* ersetzt also weitgehend die traditionellen politischen Organisationen – aber durch was? Die Mitgliedschaft konnte man sich durch Mausclick erwerben, Mitgliedsbeiträge gibt es nicht. Durch Spenden kamen schnell einige Millionen zusammen, die Rede ist inzwischen von 20 Millionen Euro pro Jahr (*FAZ online*, 18.11.2017), wer spendet? Es konnten einmalig viele politische Neulinge in die Nationalversammlung geschickt werden, einmalig jung, mit einem einmalig hohen Frauenanteil. Soweit die guten Nachrichten. Auf ihrem ersten Parteitag am 18. November in Chassieu bei Lyon zeigten sich die ersten Risiken und Nebenwirkungen.

Christophe Castaner war der einzige Kandidat für den Parteivorsitz. Dazu bestimmt wurde er von – *EM*. Die 750 Delegierten mussten nur noch die Hand heben. Über dieses Prozedere zeigten sich in einer Umfrage 52 % der Französischen und Franzosen schockiert (*Der Standard online*, 18.11.2017). Begleitet wurde der Parteitag von einem medienwirksamen Austritt von 100 ehemaligen Mitstreitern, darunter möglicherweise einige Lokalgrößen. Ein „*unerträglicher Zentralismus*“ wurde beklagt, „*eine von Anglizismen triefende Sprache*“ wie bei einem Start-Up-Unternehmen. (*FAZ online*, 18.11.2017) Das ganze erinnere eher an eine NGO oder einen Verein als an eine politische Partei. Die ehemalige Umweltministerin Corinne Lepage sagte: „*Das ist keine neue Parteienwelt mehr, sondern eine vorsint-*

*flutliche.*“ Etwas bösartig könnte man *LREM* auch so buchstabieren: „*La République = Emmanuel Macron! L'état c'est moi! Der Staat bin ich!*“ Wie viele der in der Mitgliederdatei gespeicherten 386.000 Menschen bei dieser auf eine Person eingeschworenen Veranstaltung übrig bleiben werden, falls die Fortune ihren Schöpfer verlassen sollte, bleibt abzuwarten.

## Repression

Auf ihr Glück möchte sich die herrschende Klasse wohl nicht verlassen, wenn soziale Massenproteste stattfinden. Der Ausnahmezustand war seit dem November 2015 verlängert und sechsmal verlängert worden. Am Mittwoch, den 1. November sollte er endgültig auslaufen. Aber bereits am Tag vorher war das neue Antiterrorgesetz in Kraft getreten, das den Ausnahmezustand nun quasi zum Normalzustand erhebt. Teile der Exekutive wie Innenminister oder Präfekten können ohne einen richterlichen Beschluss die Bewegungsfreiheit von Personen einschränken, sobald ein „Verdacht“ vorliegt. Ein schwerwiegender Verstoß gegen die in der französischen Revolution erkämpfte Teilung der Gewalten. Das gleiche gilt für Polizeikontrollen ohne richterliche Anordnung. Forderungen nach einer präventiven Sicherheitsverwahrung bei Verdacht wurde noch nicht stattgegeben.

Diese gravierende Einschränkung der Freiheitsrechte wird mit der Abwehr islamistischen Terrors begründet, auch wenn westliche Staaten und ihre Verbündeten wie Saudi-Arabien im Nahen und Mittleren Osten gerade solche Gruppen aufrüsten und finanzieren. Sie wird aber sehr nützlich sein bei der Abwehr des „inneren Feindes“ in Form einer sozialen Massenbewegung. Das Polizei- und Geheimdienstmanöver rund um den G20 Gipfel in Hamburg und die Ernennung von Hartmut Dudde zum Einsatzleiter sind das rechtsrheinische Äquivalent. Dudde wurde einst von „*Richter Gnadenlos*“ Ronald Schill zum Leiter der Bereitschaftspolizei befördert und hat ein bizarres Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat. Die Verschärfung der sozialen Widersprüche befördert überall in Europa den Bruch von Grundrechten.

Die „marktkonforme Demokratie“ hat den Duft von Tränengassschwaden. Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung* vergleicht die Fotofahndung der Hamburger Polizei im Internet mit den schlimmen Exzessen der 1970iger Jahre.<sup>11</sup> Der Grüne Justizsenator Till Steffen verteidigt die Maßnahme. (*ndr.de*, 27.12.2017)

**Ausblick**

Als bei der Internetfirma *Gemalto*, nach eigener Aussage Weltführer für digitale Sicherheit, 126 der 700 Beschäftigten entlassen werden sollten, rief Anfang Dezember ein übergewerkschaftliches Bündnis aus *FO*, *CFDT*, *UNSA* und *CFE-CGC* zum Streik auf.<sup>12</sup> Bemerkenswert ist das Fehlen der *CGT*, die in der Firma nicht verankert zu sein scheint. Genau die technische Intelligenz ist es, die sich eher in der Gewerkschaft der Fach und Führungskräfte *CFE-CGC* organisiert, die überdurchschnittlich Macron gewählt hat und die sich als Gewinner Macron'scher „Reformen“ sehen soll. Noch bemerkenswerter ist ein selbstgemaltes Transparent der Streikenden: „*Loi Travail*“ und „*Merci Patron*“ war zu lesen, nach dem sehenswerten Film von François Ruffin, der die Bewegung „*Nuit Debout*“,

„*aufrechte, wache Nacht*“ im Frühling 2016 ausgelöst hatte. Die Erfahrungen der sozialen Bewegung des Frühlings und Sommers 2016 ist unter der Oberfläche bei den fortschrittlichen Teilen der französischen Bevölkerung weiterhin präsent. Macron will die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung reformieren. Er orientiert sich an Dänemark mit seinem Modell der „*Flexsecurité*“, dem Versprechen, Flexibilität für die Patrons mit der Sicherheit der Lohnabhängigen in Einklang bringen zu können. Das dänische Modell sieht die verschärfte Überwachung der Erwerbslosen vor: Wir kennen es in Deutschland als „*aktivierenden Sozialstaat*“. Als würde es an der Passivität französischer Erwerbsloser liegen, wenn *PSA* bei gleichem Ausstoß an Kraftfahrzeugen fast ein Drittel der Belegschaft abbaut – in lächerlichen fünf Jahren! Im Januar fanden Streiks und Blockaden durch das Personal der komplett überlasteten französischen Gefängnisse und Auseinandersetzungen in den ebenfalls völlig unterbesetzten Krankenhäusern statt. Die angekündigte Zerschlagung der *SNCF* und die geplante Privatisierung der Flughäfen lassen ebenfalls ahnen, dass Frankreich auch unter Macron nicht zur Ruhe kommen wird. Möglicherweise werden seine „Reformen“

viele Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Auch wenn sich die soziale Bewegung 2016 nicht durchsetzen konnte: Es wurde wenigstens versucht. Die darin gemachten Erfahrungen gilt es bei der nächsten Möglichkeit zu nutzen – in Frankreich wie in Deutschland. Und die klassenbewussten Gewerkschaften in Frankreich werden auch in Zukunft ihre Rolle spielen. Sie nach unseren besten Kräften zu unterstützen, möglichst durch soziale Auseinandersetzungen mit unserer eigenen Bourgeoisie und ihren Vertretern, liegt in unserem ur-eigensten Interesse.

B.K. 12.3.2018

Aus *Arbeiterpolitik* Nr. 1, April 2018  
 Kontakt: *GFSA e.V.*, Postfach 106426,  
 D-20043 Hamburg  
*arpo.berlin@gmx.de*  
*www.arbeiterpolitik.de*

11 <http://www.sueddeutsche.de/politik/videokommentar-von-heribertprantl-fahndung-nach-g-chaoten-erinnert-an-raf-zeiten-1.3797658>  
 12 <http://www.lamarseillaise.fr/bouches-du-rhone/flash/65694-gemalto-la-ciotat-les-salaries-en greve-suite-a-l-annonce-du-plan-social4.12.2017>

Anzeige



**gut beraten**

Sechs Broschüren aus der Bewältigungsreihe für die Bewältigungsreihe: **Ausrecht / Aufenthaltsrecht / (An-)Diskriminierungsgeschicht / Abschreibung / Familienzusammenführung / Freizügigkeit**. In allen sechs Büchern sind gut lesbare, übersichtliche und praktisch wertvolle Tipps und Informationen, wie man vorgeht und wo man weitere Informationen bekommt. Alle 6 Bücher sind nur zum reduzierten Preis. Sie kosten zusammen nur 12 Euro (inkl. Versand) für 6 Bücher. Sie können sich die Auswahl aus unserer Angebot. Gerne schicken wir Ihnen die Broschüren per E-Mail zu, wenn Sie es bevorzugen. Sie können Ihre Informationen, Umfang und Freizeitspenden.

**Jede Broschüre kostet 2 Euro** (zzgl. Versand). Rabatt bei Abnahme größerer Mengen. Der Buchhandel erhält den normalen Rabatt.

**Angebot: Sechs Broschüren (40 / 62 / 68 / 79 / 80 / 87) zusammen 10 Euro** (inkl. Versand). Dieses Angebot ist nicht rabattfähig!

Online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)  
 Neulich Verlag, Schwarzhof 1, 63411 10a, Fax 0431-5702332, [bestell@brd-dritte-welt.de](mailto:bestell@brd-dritte-welt.de)

**Zum Tod unseres Genossen Andreas Schneider**

Anfang April verstarb in Bremen nach 13-jähriger Krankheit unser Genosse Andreas Schneider im Alter von 71 Jahren. Er musste viele Jahre im Wachkoma durchleben, nicht zuletzt eine Folge seiner psychischen Betroffenheit auch infolge des weltweiten Niedergangs einer sozialistischen Perspektive. Seine Frau Barbara stand ihm bis zuletzt zur Seite. Andreas arbeitete im *Weserkurier* und unterstützte dort die kämpferische Richtung um Schorse Stockmann in den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen. So fand er in den siebziger Jahren zur „Gruppe Arbeiterstimme“, diskutierte aber auch im Kreis der „Gruppe Arbeiterpolitik“ in Bremen mit. Andreas legte besonderen Wert auf die gewerkschaftliche Arbeit, sein theoretischer Fundus war groß. Bei aller kritischen Einstellung zu den sozialistischen Ländern war er auch nach deren Zusammenbruch dem sozialistischen Ziel treu geblieben.

# Den Hitler jag' ich in die Luft!

## Johann Georg Elser – ein Nichtangepasster



Am 8. November 1939 sollte es soweit sein: Der schwäbische Handwerker und Feinmechaniker Georg Elser (1903-1945) wollte anlässlich der Traditionsfeier der „Marschierer von 1923“ den NS-Diktator, der gerade einen neuen Weltkrieg entfesselt hatte, während seiner alljährlichen Rede vor alten Getreuen im Münchner Bürgerbräukeller mit einer selbst gebauten Zeitbombe in die Luft jagen. Der Perfektionist Elser hatte seine Bombe allein ohne jede fremde Hilfe oder eine ihn unterstützende Gruppe nach eigenen Plänen minutiös ausgetüftelt, konstruiert und mit einem Zeitzünder passend genau eingestellt. In mehrwöchiger Nacharbeit hatte Elser sie geschickt getarnt in einen von ihm ausgehobenen Hohlraum in der Säule direkt hinter dem Rednerpult eingebaut, die Erde nahm er mit und schüttete sie in die Isar. Er ließ sich jedes Mal abends nach Lokalschluss einschließen, um Abmessungen und Aushöhlungsarbeiten vorzunehmen und Skizzen anzufertigen. Seine Knie und Hände waren davon ganz zerschunden, das sollte ihn später sogar verraten. Wenn nicht die pure Wucht der Explosion Hitler umbringen würde, wären es herabstürzende oder umher fliegende Trümmer gewesen, die ihn unter sich begraben hätten.

Kurz zuvor hatte Elser die Örtlichkeit nochmal überprüfend aufgesucht, er mischte sich unter die Saalbauer der NSDAP, die mit den Vorbereitungen für Hitlers Auftritt beschäftigt waren. Mechanische Vorrichtungen der Bombe für den Zünder wie Stifte, Schrauben, Federn und Abstandhalter hatte sich Elser zuvor z. T. in Metallbetrieben, wo er sich beschäftigen ließ, besorgt oder selbst hergestellt, gefräst, gedreht und geschliffen. Den Sprengstoff besorgte sich der findige Tüftler in einem Steinbruch nahe seinem Heimatort Königsbrunn bei Heidenheim an der Brenz auf der Schwäbischen Alb unweit von Ulm. Er war quasi sein einziger eigener Mitwisser, das machte diesen Teil seines Werks einfach. Die Bombe explodierte planmäßig zum Ende der Veranstaltung als Elser schon weit entfernt am Bodensee illegal die Grenze zur Schweiz überschreiten wollte und – welch Schicksal – dort nachts einer deutschen Zollstreife aufgefallen war und zunächst nichtsahnend verhaftet wurde, in seinem Gepäck Pläne seiner Bombe mit sich führend. Schnell führte das die Polizei auf seine Spur. Hitler hatte etwa zehn Minuten vor der Detonation mit Gefolge den Ort vorzeitig verlassen, um noch den Nachtzug nach Berlin zu erreichen, da sein Rückflug wegen Nebels ausfiel. So traf die gewaltige Detonation nicht ihn, sondern sieben andere „alte Kämpfer“ und eine unbeteiligte Serviererin, die sofort getötet oder schwer verletzt wurden und etwas später starben. Über 60 Personen wurden weniger schwer verletzt.

Wie es von da an ohne Hitler weiter gegangen wäre, darüber lässt sich nur vage spekulieren. Sicher hätten Himmler, Göring, Goebbels und die deutsche Generalität den Krieg weiter fortgesetzt, vor allem den überlegenen Westfeldzug gegen Frankreich. Aber ob man sich dann auch noch in einem ideologischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion gewandt hätte, wovor damals schon die Generalität mehrheitlich warnte, bleibt offen. In seiner Mehrheit war das deutsche Volk noch immer NS-fanatisiert und

glaubte den Nazis. Schwer zu sagen, wie und wohin sich die Stimmung geändert hätte ohne die große militärische Niederlage im Osten und die spürbaren Folgen der Flächenbombardements der Alliierten auf deutsche Städte und Infrastruktur. Vielleicht hätte sich nach einem vorzeitigen Waffenstillstand eine eher gemäßigte NS-Regierung noch über Jahre und Jahrzehnte fortexistierend halten können, hätten wir noch 1965 ein nationalsozialistisch geführtes Deutschland gehabt ähnlich wie das Spanien Francos. Erst die totale Kapitulation nach Hitlers Suizid im Bunker der Reichskanzlei am 30. April 1945 schuf die Voraussetzungen für ein Überleben der Deutschen und einen politischen Neubeginn unter der alliierten Besatzung.

Elsers Fehlschlag war nicht der einzige in einer ganzen Reihe von geplanten Anschlägen anderer Gegner des NS-Diktators, die misslangen. Nach seiner überraschend schnellen Festnahme durch puren Zufall und umgehenden Überführung nach München und Berlin erwartete Elser neben dem pausenlosen Verhör unter der Aufsicht von Reichskripochef Artur Nebe und dem Gestapocheff, SS-Gruppenführer Heinrich Müller, eine perfide Folter, die dem eher schwächlichen, aber gleichwohl zähen Mann arg und nachhaltig zusetzte. Man schlug ihn meist mit einer Stahlrute im Liegen auf einer Pritsche blutig auf den entblößten Körper, schlug ihm direkt ins Gesicht oder seinen Kopf mit dem Gesicht auf die Tischfläche, stach mit glühendem spitzem Metallwerkzeug unter seine Fingernägel usw. Nach einer Reihe von schweren Misshandlungen und Qualen immer und immer wieder bis zum Einsatz von Spritzen mit Wahrheitsdrogen, gestand er schließlich die Tat. Aber damit fing für ihn das Martyrium erst richtig an, denn seine Peiniger wollten ihm seine Alleintäterschaft nicht glauben noch abnehmen, dass er dazu technisch allein fähig gewesen wäre. Man wollte die vermeintlichen Hintermänner hinter seinem Handeln erfahren, wollte wissen, wer ihn instru-

iert und beauftragt hatte. Waren es die Kommunisten oder das Ausland? Erst versuchte Elser mit den NS-Schergen noch Katz und Maus zu spielen und gestand, von Winston Churchill persönlich angerufen und beauftragt worden zu sein. Aber diesen Witz verstanden seine gnadenlosen Verhörer nicht und gerieten nur noch mehr in Rage. Man hatte im Zuge der Sippenhaft seine Familie verfolgt, seine verheiratete Freundin Elsa festgenommen, nach Berlin gebracht und mit ihm konfrontiert. Aber sie konnten zum Attentatsplan Elzers keine genaueren Aussagen machen. Die Folter setzte sich fort und erst als Elser bereit war, detailliert über die Pläne für seine Bombe zu sprechen und seine technischen Anleitungen genauestens zu erläutern wusste, nahm man ihm ab, zum Bau in der Lage gewesen zu sein. Am Ende fortwährender Folter gab Elser zu Protokoll, er würde versuchen, wieder gutzumachen, was er Schlechtes getan habe. Er würde sich bemühen wollen, sich in die Volksgemeinschaft einzufügen und mitzuarbeiten. Er glaube bestimmt, dass sein Plan gelungen wäre, wenn seine Auffassung richtig gewesen wäre. Da er nicht gelungen sei, wäre seine Auffassung falsch gewesen (zit. nach Gruchmann, 1989).

Elser, der beruflich immer wieder für längere Zeit unterwegs war, war in seinem Wohnort Königsbronn kein Nazi oder Mitläufer, er sympathisierte mit den Kommunisten, wählte die KPD, organisierte sich aber zunächst nicht bei ihnen, da sie auf dem Land auch stark in der Minderheit waren. Zudem lehnte er, der spätere Bombenbauer, Gewalt noch strikt ab und billigte selbst die Schlägereien seiner Freunde mit SA-Angehörigen nicht. Dennoch war er 1928/29 Mitglied im Rotfrontkämpferbund geworden, beteiligte sich nachts am Malen von KPD-Parolen auf Wänden. Elser war ein tief gläubiger Christenmensch. Der NSDAP-Ortsgruppenleiter Eberle war zugleich Gaststättenwirt, es gab im Dorf eine organisierte NSDAP-Parteigruppe, SA-Angehörige, uniformierte Hitlerjugend und viele, die für Hitler und den Nationalsozialismus waren. Elser stand außerhalb davon, noch war er ein eher unbeschwerter Freigeist und gut aussehender junger Mann, auf den die Mädchen ein Auge hatten, der Akkordeon und Zi-

ther spielte und Tango tanzen konnte. Eberle machte dem Außenseiter Elser nach 1933 aber bald klar, dass er und die Seinen im Ort nur mehr Geduldete waren. Elser gewann zunehmend den Eindruck, dass etwas geschehen musste, was mehr als stiller Protest, Unbehagen und fehlendes Mitmachen sein würde. Die Braunhemden und ihr Judenhass waren ihm zunehmend unerträglich. Er schaute sich regelmäßig im Kino in der nahen Stadt, wohin er mit dem Rad fuhr, Wochenschauen an, die von Berichten über Hitlers massive Aufrüstung voll waren. Mit einem KPD-Freund zusammen hörte er verbotene ausländische Sender wie Radio Moskau ab. So erfuhr er 1937 von der Zerstörung der kleinen baskischen Stadt Guernica im Spanischen Bürgerkrieg, wo mehrere hundert wehrlose Zivilisten ungeschützt einem Bombardement der Söldner-Legion Condor der neuen Nazi-Luftwaffe zum Opfer fielen und der Ort im ersten großen Luftangriff der Geschichte dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Elser sah und erkannte, von diesem Hitler und seinen Helfern ging für Deutschland und seine europäischen Nachbarn größte Gefahr aus, so dass bald mit einem Krieg zu rechnen war. Der Anschluss Österreichs 1938 an das Deutsche Reich, die Annexion des Sudetenlands, die Wirkungslosigkeit der westlichen Appeasement-Bemühungen angesichts des Münchner Abkommens 1938 und schließlich der Überfall auf Polen bestätigten ihm und gaben ihm die nötige letzte Gewissheit. Er registrierte auch genau, dass seit der faschistischen Machtübernahme der Stundenlohn in seinem Handwerk um fast die Hälfte gesunken war, die Nazis waren für Elser keineswegs die sozialen Wohltäter, als die sie sich gerne ausgaben. Es galt, den Wahnsinn Hitler aufzuhalten und zu „machen, was richtig ist“. Das war sich der gelernte Schreiner vor seinem Gewissen schuldig. Dass bei seinem Bombenattentat nicht Hitler, sondern andere sterben mussten, hat ihn seelisch überaus belastet. Fünf Jahre lang fristete Elser ein Dasein als „besonderer Schutzhäftling“ zuerst im KZ Sachsenhausen, dann in Dachau. Artur Nebe, sein einstiger Peiniger und Verhörer, wurde

als Mitverschworener des 20. Juli noch vor ihm in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee mit einer Drahtschlinge am Fleischerhaken erhängt. Für Elser war vorgesehen, ihn als bei einem Luftangriff der Alliierten auf Dachau umgekommen auszugeben. Nur 20 Tage bevor amerikanische Truppen Dachau erreichten, wurde Elser auf höchsten Befehl von einem SS-Lagerkommando per Genickschuss hingerichtet.

Georg Elzers Tat und Leiden blieben lange unbeachtet. Die Publizisten Helmut Ortner (*Der einsame Attentäter. Georg Elser – Der Mann, der Hitler töten wollte*. Tübingen 1999/Darmstadt 2013) und Hellmuth G. Haasis widmeten Georg Elser genaue biografische Betrachtungen, Johannes Tuchel und Peter Steinbach von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand lieferten historische Untersuchungen des Falles. 1989 spielte der Österreicher Klaus-Maria Brandauer den schlichten Schwaben Elser mit einem intellektuellen Touch und unter Hinzudichtung einer Affäre als eigenbrötlerischen Einzelgänger. Eine jüngste Fernsehverfilmung von Oliver Hirschbiegel (*Der Untergang*) von 2015 zeigt auch noch andere private Seiten von Elser, der kein Held sein wollte, eindrucksvoll gespielt vom Magdeburger Schauspieler Christian Friedel (*Das weiße Band*). Sie trägt den Titel *Elser – Er hätte die Welt verändert*. Das Erste sendete sie am 14. März d. J. mit Wiederholungen in mehreren Sendern.

© EK/HB, 31.3.2018

Quellen/Literatur: *Autobiographie eines Attentäters Johann Georg Elser Aussage zum Anschlag im Bürgerbräukeller*. Hrsg. und eingeleitet von Lothar Gruchmann. Stuttgart 1970. (Neuausgabe: *Georg Elser. Autobiographie eines Attentäters*, Stuttgart 1989).



Bürgerbräukeller nach der Explosion

# Mehr Muße, weniger Arbeit

## Terry Eagleton widerlegt gängige Einwände gegen das Werk von Karl Marx

In diesen Tagen jährt sich zum zweihundertsten Male der Geburtstag von Karl Marx. Die Verwandlung allein Deutschlands in eine kapitalistische Industriegesellschaft kam erst in den Jahrzehnten danach zunehmend in Gang; ähnlich und doch anders verlief die Entwicklung in Frankreich und Italien. In Belgien und England, wo Marx nach 1849 mehr als die Hälfte seiner Lebenszeit verbrachte, hatte die neue Produktionsweise, jetzt energetisch auf Kohleförderung basierend, in Textil- und Eisenproduktion, auch großflächiger Landwirtschaft, früher eingesetzt. England erlebte bereits 1825 die erste Überproduktionskrise. Das war die Folge der neuen ungehemmten Warenproduktion für einen dann doch nicht unendlichen Markt von Konsumenten, mit der wir bis heute unter immer neuen Vorzeichen und Auswirkungen rechnen müssen. Als früher zeitgenössischer und radikalster Kritiker dieser neuen widersprüchlich fortschrittlichen Produktionsweise, die der Erzielung von Tauschwerten den Vorrang vor Gebrauchswerten zuweist, trat Karl Marx auf. Je mehr die Kernpunkte seines kritischen Verständnisses dieser Gesellschaftsform insbesondere in der Lohnarbeiterklasse Verbreitung und organisatorischen Ausdruck fanden, desto lauter wurde die Leugnung seiner Einsichten, der Versuch der Befürwortung des Kapitalismus als naturgegebenes Endstadium gesellschaftlicher Entwicklung. Um diese verfehlten oder irreführenden Einwände zu widerlegen, greift Eagleton die „zehn geläufigsten Kritikpunkte an Marx' Werk“ auf und beabsichtigt zudem solchen Lesern, „die mit seinem Denken nicht vertraut sind, eine klare und verständliche Einführung in sein Werk“ zu bieten.

Obwohl seit der Etablierung des Industriekapitalismus in Europa mehr als zwei Jahrhunderte vergangen sind, haben wir es mit im Vergleich zu früheren Epochen mit „einem historisch ziemlich junge(n) Phänomen“ zu tun. Unbestreitbar ist der angehobene Lebensstandard für

die große Masse der Bevölkerung vor allem in den mehr oder weniger sozialstaatlich regulierten Staaten Europas. Hier erfolgte sogar im zwanzigsten Jahrhundert über siebzig Jahre die unmittelbare Konfrontation mit einem realen Sozialismus, der über das Kollektiveigentum an Produktionsmitteln und Bodenschätzen eine geplante Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchswerten organisierte und verglichen mit früheren Zeiten ein „höheres Maß an Gleichheit und (...) materiellem Wohlstand, als es diese Länder je erlebt hatten“, hervorbrachte. Wie erginge es den Kubanern, wenn dort wieder großes Privatkapital das Sagen hätte? Eagleton erinnert an die fehlenden Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus in Russland, die mit autokratischen Methoden von oben herbeigezwungen wurden. Revolutionen in den weiter entwickelten Staaten fanden damals nicht statt, denn sonst hätten sie den „ersten Arbeiterstaat in der Geschichte“ vor Schwierigkeiten bewahren können, die bei aller Anstrengung dann doch zum schließlichen Zerfall führten. Doch „bloße moralische Empörung reicht nicht aus. Wir müssen wissen, unter welchen Bedingungen der Stalinismus entsteht, wie er funktioniert und wo er versagt“ - wofür marxistische Analyse aufgrund ihres Tiefgangs wiederum besser geeignet ist.

Entlang der definitorischen Erläuterung der Begriffe Produktionsweise, Produktivkräfte und

Produktionsverhältnisse kommt Eagleton im dritten Kapitel auf den nach Marx fundamentalsten Aspekt der menschlichen Geschichte zu sprechen. Damit verweist Marx, so Eagleton, auf einen bestimmten Geschichtsverlauf innerhalb bestimmter Produktionsweisen, ohne alle Vorkommnisse damit erklären zu können. Zwangsläufig muß der Übergang zu einer neuen Produktionsweise jedoch nicht erfolgen, denn gerade „ein kapitalistisches System (hat) in der Krise viele Möglichkeiten (und heute noch viel ausgeklügelter als zu Marx' Zeiten), um sich das Einverständnis seiner

Bürger zu sichern“, ja selbst eine demoralisierte Arbeiterklasse hervorzurufen, die „nicht mehr konstruktiv handeln kann“. Die politische Revolution ist nicht gesichert. „Vielleicht wird die herrschende Klasse auch durch einen Asteroiden gestürzt - ein Schicksal, das manch einer ihrer Vertreter wohl einer sozialistischen Revolution vorziehen würde.“ Solcherart Einwände darf sich ein Autor leisten, der durchgängig wichtige Punkte eher beiläufig herausstellt und zeigt, das „für Marx die Zukunft keine Frage müßiger Spekulation (ist), sondern eine machbare Extrapolation der Gegenwart.“ Dabei geht es Marx letztlich „um das Wohlergehen der Menschen, und das ist für ihn nicht Arbeit, sondern Muße.“

Dennoch nimmt die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Produktionsweise wie immer auch modifiziert „den zentralen Platz“ ein, weil „unentbehrlich für das reibungslose Funktionieren des Systems“ und daher fähig, „zum Nutzen aller seine Führung zu übernehmen.“ Eine Menge Fragen taucht da auf, inwieweit der moderne weltweite Klassenkampf einer Revolution näher kommt oder ausbleibt. Unter Berufung auf Marx postuliert Eagleton: „Wirtschaftlicher Fortschritt (...) dürfe nicht die natürlichen, weltweiten Bedingungen gefährden, von denen das Wohlergehen künftiger Generationen abhängen.“ Für Leser ohne marxistische Vorkenntnisse bei allem Reichtum an Aspekten vielleicht doch noch zu anspruchsvoll, ansonsten aber ein nur zu empfehlendes Motivationstraining für Klassenkämpfer von heute.



Terry Eagleton,  
Warum Marx  
Recht hat, 287 S.,  
Berlin 2018 (TB),  
12 Euro.

# Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**240 Seiten, Paperback, 12,- €**  
ISBN 3-00-010296-5  
Herausgegeben von der  
*Gruppe Arbeiterstimme*

Silke Makowski

## „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern,“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs  
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I**  
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro  
ISBN 3-9809970-4-9



**510 Seiten, Paperback,**  
**20,- €**  
ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback,**  
**20,- €**  
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org